

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ PROTEST UND NICHT-WÄHLEN SIND NOCH KEIN WIDERSTAND

Kapitaloffensive, Proteste und Landtagswahlen

Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sehen sich in diesem Jahr Angriffen ausgesetzt, die in ihrer Breite und Tiefe noch vor kurzer Zeit kaum jemand für möglich hielt. Nicht nur die Sozialgesetzgebung sowie der Öffentliche Dienst, auch die industriellen Kernbereiche der deutschen Wirtschaft sind davon betroffen. Die herrschende Klasse hat begonnen, nun auch in den Bundesländern der Alt-BRD die politischen Früchte ihres Sieges über die DDR einzufahren.

Der sozialreaktionären Gesetzgebung fallen Stück für Stück die gewohnten materiellen Absicherungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Rente zum Opfer. Während die Kassen der Unternehmen durch die Aufhebung der paritätischen Finanzierung entlastet werden, wird für die abhängig Beschäftigten das Risiko stärker privatisiert und für immer mehr Menschen die Absicherung bei Krankheit oder für eine ausreichende Altersvorsorge zum »Luxus«. Zugleich untergräbt die seit Jahren betriebene Enteignung staatlicher Einrichtungen und Leistungen die dort geltenden Tarife, was sich verschärft bei den Wohlfahrtsverbänden niederschlägt. Nachdem es einzelnen Städten und Ländern (siehe Berlin und Hessen) gelungen ist, die tariflichen Leistungen abzusenken, wurde im Frühjahr des Jahres mit dem Austritt der Länder aus der Tarifgemeinschaft des Öffentlichen Dienstes der Angriff auf Arbeitszeit und Bezahlung eingeleitet. Das Beamtenrecht wird benutzt, um allen Beschäftigten eine unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit (und damit eine Absenkung des Lohnes) aufzwingen zu können.

Die Unternehmer rüsten zum Klassenkrieg...

Die Verbände der Wirtschaft (BDI und BDA) beschränken sich nicht mehr darauf, den »schlanken« Staat zu fordern. Sie überlassen die Umverteilung nicht mehr allein den Regierungen, sondern sind jetzt selbst zum Angriff übergegangen. Auch die Tarife in den zentralen Bereichen der deutschen Industrie sollen abgesenkt werden, erst bei Siemens, dann bei Daimler und nun bei VW. Nach den Kommunalwahlen in NRW erfolgte die Ankündigung einer weit reichenden Sanierung bei Karstadt. Tausende von Arbeitsplätzen sollen abgebaut, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne gesenkt werden. Weitere Bereiche*) (z.B. die Autozulieferer

*) Diese Ausgabe der »Arbeiterpolitik« wird gerade in den Tagen des Protestes gegen die Abbaupläne von General Motors bei Opel-Bochum gedruckt. Wir haben deshalb die Artikel in einzelnen Formulierungen nicht aktualisiert – eine aktuelle Stellungnahme folgt.



Auf einer Anti-Hartz-Demo, in den Tagen, als die Bundesregierung meinte, die Lohnabhängigen hätten ihre guten Absichten noch nicht richtig verstanden...

und der Maschinenbau) werden zwangsläufig folgen, sollte es den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften nicht gelingen, ein Beispiel erfolgreicher Gegenwehr zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung werden zu lassen. Dies würde auch die Chance bieten, die tiefe soziale und politische Spaltung zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden zu überwinden. Denn die Angriffe auf die Sozialgesetzgebung und die Tarife ergänzen und stützen sich gegenseitig. Die Angst, nach Hartz I bis IV und der Agenda 2010 bei Verlust des Arbeitsplatzes innerhalb kurzer Zeit ins soziale Abseits zu stürzen, lähmt die Beschäftigten und Belegschaften. Die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung, nicht nur zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen sondern auch zwischen Ost und West, ist ein Ergebnis dieser Entwicklung und zugleich Voraussetzung zur Durchsetzung weiterer Einschnitte.

...die Gewerkschaften wollen verhandeln

Die Kapital-Offensive trifft auf eine Arbeiterklasse, deren Denken und Handeln durch die Erfahrungen einer jahrzehntelangen »Sozialpartnerschaft« geprägt ist. Dies erschwert nicht nur die ersten Schritte praktischer Gegenwehr, sondern prägt auch die Gewerkschaften. Deren Führungsinstanzen wollen den Kurs der Zusammenarbeit mit dem Kapital und der Regierung fortsetzen und hoffen darauf, dem Abbau in Gesprächen mit der Gegenseite die schlimmsten Spitzen nehmen zu können. Der gewerkschaftliche Apparat erweist sich immer häufiger als unfähig, die gewerkschaftliche Misere selbst bürokratisch zu verwalten. Solche Gewerkschaften werden zunehmend zu einem Instrument beim Sozialabbau und machen sich tendenziell selbst überflüssig.

Den Gewerkschaftsinstanzen gegenüber steht die große Masse der passiven Mitgliedschaft. Sie überlassen die Wahrung der eigenen Belange noch ihren Vertretern in den Betriebsräten und Gewerkschaftszentralen. Wo spontan die Bereitschaft zur Gegenwehr entsteht, versuchen diese »Vertreter« sie in einem Rahmen zu halten, der einer weiteren Unterwerfung unter die Gegenseite nicht im Wege steht. Das zeigte sich bei DaimlerChrysler, wo sich zwar Unmut über die sozialpartnerschaftliche Haltung der IGM und des Gesamtbetriebsrates regte, aber die Kraft zu eigenständigen, darüber hinaus gehenden Aktionen, noch nicht vorhanden war. Eine Politisierung der Auseinandersetzung (mit klassenkämpferischen Inhalten und Formen) versuchen die Gewerkschaftszentralen bisher erfolgreich zu unterbinden.

Zugleich hat sich neben und am Rande der Gewerkschaften eine Bewegung herausgebildet, die ihren Unmut auf die Straße trägt. Die Demonstration der 100.000 vom 1. November 2003 – ohne und gegen die Gewerkschaftszentralen organisiert – fand ihre spontane Fortsetzung in den Montagsdemonstrationen (siehe Berichte im Heft). Eine aktive Minderheit will sich nicht mehr nur auf den Protest mit dem Stimmzettel festlegen lassen. Die Gewerkschaften versagen ihnen die Unterstützung (Montagsdemonstrationen) oder versuchen, sie in ihrem Sinne zu kanalisieren, wie am 3. April 2004.

Volksparteien ohne (Wahl-)Volk

Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und die tief greifenden sozialen Einschnitte werden nicht ohne Einfluss auf politischer und parlamentarischer Ebene bleiben. Das deutet sich in den Wahlen der vergangenen Jahre (jüngst im Saarland, Brandenburg, Sachsen und NRW) an. Die Wahlbeteiligung ist seit langem rückläufig und hat sich bei 55 Prozent (Landtags- und Kommunalwahlen) eingependelt.

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.; Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Die Politik des sozialen Kahlschlags hat in der Bevölkerung zu einer tief gehenden Kluft geführt.

Immer mehr Menschen sind vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht und beteiligen sich an Protesten. Die Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung geraten immer stärker in Gegensatz zur Regierungspolitik und zur Propaganda aller bürgerlichen Institutionen. Die Propaganda der herrschenden Klasse will vermitteln, es gelte die sozialen Leistungen zu reduzieren, damit die Unternehmen weltweit konkurrenzfähig sind. soziale Ungleichheit als Anreiz zu größerer wirtschaftlicher Dynamik müsse akzeptiert werden.

Die Politik der Agenda 2010, im März 2003 bekannt gegeben, wurde von weiten Teilen der SPD-Wähler als Bruch mit den Traditionen sozialdemokratischer Werte empfunden. Hartz IV hat bei den Lohnabhängigen als zündender Funke in einem seit langem schwelenden Unbehagen gewirkt. Die SPD verliert überdurchschnittlich in Traditionsgebieten und bei Anhängern in der Arbeiterschaft und in den unteren Mittelschichten; zugleich kommt es zu einer deutlich angestiegenen Wahlenthaltung in diesen Bereichen. Die SPD wird nicht mehr als Vertreter der sozialen Gerechtigkeit angesehen. Die soziale Gerechtigkeit war für die SPD lange Zeit eine Identität stiftende Klammer. Die Partei ist nicht mehr in der Lage, ihre politische Zielsetzung unter diesem zentralen Leitmotiv zu formulieren.

Aber auch die CDU steht vor diesem Problem. Waren viele Menschen bisher in dem Glauben, in der Krise auch selber Opfer bringen zu müssen, so steigt jetzt die Zahl derer, die statt hinzunehmender Ungleichheit immer mehr zu ver-

INHALT HEFT 3/20.10.2004 JHG. 45

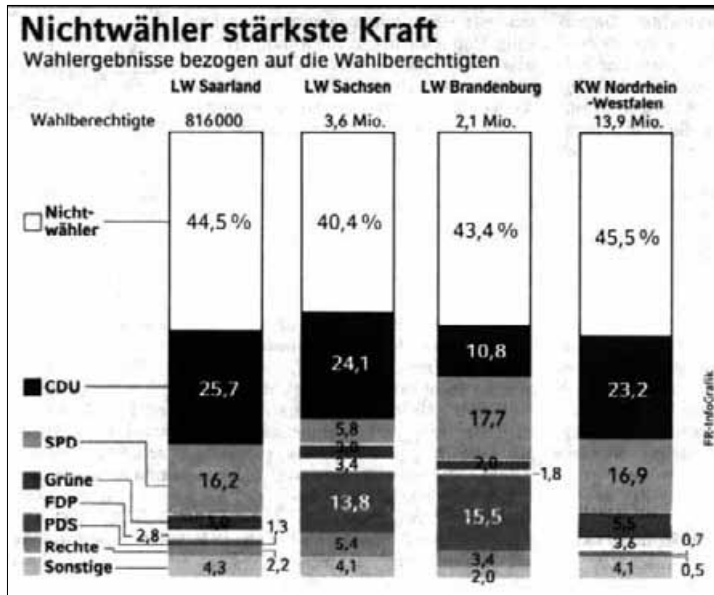
Kapitaloffensive, Proteste und Landtagswahlen	1
Nehmt ihr hin, dass ihr Verlierer seid?	4
Montagsdemos:	
Zu geringe Unterstützung aus dem Westen	5
Berichte dazu aus Berlin, Leipzig, Kassel, Siegen	7
Erpressung bei DaimlerChrysler:	
Verheerendes Signal für alle Lohnabhängigen	12
DaimlerChrysler Bremen:	
Im Vorfeld eines neuen Angriffs	15
DaimlerChrysler/IG Metall Baden-Württemberg:	
Mettingen: Wer schädigt die Gewerkschaften?	19
Bauhauptgewerbe: Jahresarbeitszeit statt mehr Lohn	20
Dokumentaus der IG BAU:	
Unsere Regeln taugen nichts	27
Rhein-Main-Bündnis:	
Gesetzlicher Mindestlohn gefordert	24
Stadthagen: Besuch bei den OTIS-Kollegen	26
Der mehrwöchige Streik bei OTIS-Stadthagen	27
VW-Baunatal: Gespenst auf Betriebsversammlung?	28
Hamburg: Volksbegehren um Bildung und Wasser	28
Leserbrief: Anmerkungen zum Leitartikel in Arpo 2'04	32

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de



»Einige unserer Spitzenpolitiker werden mit ihrer Sprunghaftigkeit und Inkonsequenz zum Standortrisiko. Da kann ich keine Partei ausnehmen. Unsere Wirtschaft ist doch ohnehin auf stürmischer See, da sollte wenigstens politischer Kurs gehalten werden.«
 ...Gerhard Schröder hält Kurs? »Ja – und ich kann nur hoffen, dass dies so bleibt. Die begonnenen Reformen sind im Grundsatz einfach absolut richtig.«
 M. Kannegieser, Präsident Gesamtmetall, 16.8.04 in der SZ

meidende Ungerechtigkeit sehen – und das in der Politik von beiden großen Parteien. Auch in den Ergebnissen der CDU zeichnet sich die Wirkung der »Neuen sozialen Frage« ab. Dabei ist die Wählerschaft der CDU im Osten deutlicher vom kleinbürgerlichen und Arbeitermilieu geprägt als im Westen. Dies schafft Distanz und Skepsis gegenüber neoliberaler Politik, wie sie von der CDU auf Bundesebene vertreten wird. Ihre Mitwirkung bei Hartz IV macht das den Menschen deutlich. So erscheint die CDU einem Teil ihrer bisherigen Wähler als Komplizin der heftig kritisierten Bundesregierung.

Zwischen den beiden parlamentarischen Lagern und den Volksparteien sind kaum noch Unterschiede wahrzunehmen. Parlamentarische Entscheidungen werden hinter den Kulissen (in Kommissionen und Ausschüssen) vorbereitet. Das Parlament nickt nur noch ab, was so genannte Sachverständige, Vertreter der Unternehmerverbände und Politiker der Parteien ausgehandelt haben. Als Alibi und zur Einbindung wurden auch die Vertreter der Gewerkschaften in die verschiedensten Kommissionen geladen und haben sich daran beteiligt.

Der CDU gelingt es nicht mehr, aus der tiefen Vertrauenskrise der SPD gegenüber ihren Anhängern und Wählern Kapital zu schlagen, beide große Volksparteien verlieren. Im Osten repräsentieren beide gerade noch 30 Prozent aller Wahlberechtigten, im Westen sind es noch zwischen 35 und 40 Prozent. Der schöne Anschein, die Volksparteien könnten die gegensätzlichen Interessen in der kapitalistischen Gesellschaft unter ihrem Dach vereinigen und für deren gerechten Ausgleich sorgen, ist mit der praktischen Politik nicht mehr vereinbar. Beide Parteien sind nach rechts gerückt und entledigen sich ihres »Arbeitnehmerflügels«. Dies ist mit parteiinternen Auseinandersetzungen verbunden, die in der SPD mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Regierungsfähigkeit im Sinne der Parteiführung entschieden werden.

Momentan setzen die Vertreter der Unternehmer in ihrer Mehrheit noch auf Bundeskanzler Schröder. Die CDU ist in ihrem Zustand der Zerstrittenheit über die zentralen sozialpolitischen Fragen (Wirtschaftsflügel gegen Arbeitnehmerausschüsse, CDU gegen CSU) nicht durchsetzungsfähiger als die rot-grüne Regierungskoalition. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Union werden darauf hinauslaufen, dass

sie nicht Verantwortung für den Sozialabbau übernehmen können, bevor die SPD endgültig abgewirtschaftet hat. »Die Union wird schon bald die Frage beantworten müssen, wie sie bei der nächsten Bundestagswahl vor die Wähler treten will. Für die CSU ist die Antwort eindeutig: nicht als die Kraft, die für radikalere und einschneidendere Veränderungen als die rot-grüne Koalition steht. Der Anspruch, große Volkspartei zu sein, in München glanzvoll eingelöst, soll auch in Berlin nicht aufgegeben werden. Nicht der Beifall von Wirtschaftstheoretikern und Kommentatoren ist der Maßstab der CSU, den sie an Reformkonzepte anlegt; entscheidend ist, dass sich die Mehrheit der Wähler darin wieder findet.« (Leitartikel in der FAZ, 30.9.2004)

Parlamentarische Gewinner bei den Etablierten sind die kleinen Parteien, die Grünen und die FDP. Als Parteien der Besserverdienenden und des Mittelstandes können sie mit ihrem rabiaten »Sozialdarwinismus« ihr kleinbürgerliches Wählerpotential besser mobilisieren als die Volksparteien. Deren Wähler bleiben zunehmend zu Hause oder beginnen nach einer Alternative zu suchen.

PDS im Spagat zwischen Protest und Regierungsbeteiligung

In den neuen Ländern profitierte bei den Landtagswahlen auf der »Linken« die PDS, als einzige »Ostpartei« mit einer sozialen Verankerung. Sie konnte durch die Montagsdemonstrationen erzwungen, nicht anders als gegen Hartz IV aufzutreten. So wurde sie zu einem Spagat zwischen den demonstrierenden Mitgliedern, Sympathisanten und Betroffenen sowie ihren Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gezwungen. Mit den Massendemonstrationen wurde es der PDS aber auch der SPD in Brandenburg, die den Schröder-Kurs im Wahlkampf verteidigte, unmöglich gemacht, eine neue Koalition einzugehen. Ihren Kurs, der auf die weitere Regierungsbeteiligung in den Ländern zielt, gibt die PDS jedoch nicht auf. Das zeigt schon ihr Verhalten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Dort hat sie insgesamt kein Problem damit, die gesetzliche und praktische Umsetzung von Hartz IV mit zu tragen, schließlich handele sich um ein Bundesgesetz, zu deren Ausführung die Landesregierungen verpflichtet seien.

In NRW konnte die Linke von einem äußerst niedrigen Ausgangsniveau höchstens einige Achtungserfolge erzielen. Ob eine neue sozialdemokratische »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« in Zukunft daran etwas ändern wird, lässt sich noch nicht beantworten.

Populismus und rechter Extremismus im Aufwind

Zu den Gewinnern der Entwicklung zählen auf der Rechten die DVU (in Brandenburg mit über 6 Prozent) sowie die NPD (4,5 Prozent im Saarland, 9,2 Prozent in Sachsen). Die etablierten Parteien wollen darin, wie in der Vergangenheit, nur eine vorübergehende Erscheinung sehen. Die Abgeordneten

von DVU und NPD würden sich schon recht bald selbst diskreditieren und aus den Parlamenten wieder verschwinden. Zumindest in Brandenburg wurde das widerlegt. Die DVU war bereits im Landtag vertreten (das wurde vielen erst mit der Wahl 2004 bekannt) und konnte ihren Stimmenanteil sogar leicht ausbauen. Auch die Behauptung, der »Populismus gegen Hartz IV von rechts und links« sei verantwortlich für die Gewinne der NPD und der DVU und die eigenen Verluste seien nur vorübergehend, wird sich als Trugschluss herausstellen. Denn die Ursachen des »Populismus«, die sozialen Abbruchmaßnahmen, werden ungehemmt weiter getrieben und an der hohen Arbeitslosigkeit wird sich höchstens in der Statistik (durch 1-Euro-Jobs etc.) etwas ändern.

Der langsame Zersetzungsprozess der Volksparteien wird sich fortsetzen und solange der soziale Abbau nicht auf brei-

tere Gegenwehr stößt, werden auch die Rechtsextremen davon profitieren. Der Rechtsextremismus schöpft seine Kraft aus der Passivität und aus der Mobilisierung von Vorurteilen, von unbewussten Ängsten und Gefühlen. Eine sozialistische Alternative dagegen wird auf Dauer nur Bestand haben können auf der Grundlage von verstärkten Klassenauseinandersetzungen und der Herausbildung von politischem Klassenbewusstsein unter den abhängig Beschäftigten. Dazu bedarf es der Kritik und des Kampfes gegen die klassenversöhnende Ausrichtung der Gewerkschaften. Die soziale Spaltung zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten – sie ist zwangsläufiges Produkt der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft – lässt sich nur im politischen Klassenkampf gegen diese Gesellschaftsordnung überwinden.

16.10.04 ■

■ UNTER DER PROPAGANDA DER BÜRGERLICHEN KLASSE

Nehmt ihr hin, dass ihr Verlierer seid?

Bundespräsident Köhler hat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland den Rang eines Subventionstatbestandes zuerkannt. Er fasst damit die Wirklichkeit in kapitalistischen Lebensverhältnissen in wenigen Worten zusammen und segnet sie ab: Also Leute, findet euch damit ab, dass es im kapitalistischen Konkurrenzkampf Verlierer gibt. Arbeitslose, findet euch damit ab, dass ihr Verlierer seid. Es gibt für euch keine gesellschaftliche Alternative! (1) 1990 hatte Bundeskanzler Kohl den Ostdeutschen blühende Landschaften versprochen. 14 Jahre später hat Bundespräsident Köhler – er gehörte damals dem Beraterstab von Kohl an – reinen Wein eingeschenkt. Der Zeitpunkt seiner öffentlichen Feststellung ist kein Zufall. Die Anti-Hartz-Demonstrationen offenbarten auch die Wut vieler Ostdeutscher über die nicht eingelösten Versprechungen.

Der sozialdemokratische Kanzler Schröder kritisiert die »Mitnahmentalität«, auch von gesetzlich zustehenden Mitteln. Von der Sozialdemokratie wird damit die soziale Spaltung in Deutschland öffentlich propagiert. Der Abschied von der »Sozialpartnerschaft« zwischen Unternehmern und Gewerkschaften findet nun auch seinen politischen Ausdruck in den Äußerungen der Staatsspitze.

Der Widerspruch aus den bürgerlichen Parteien ist nach den Wahlen schnell abgeflaut.

Die »Fleißigen« und »Tüchtigen«, die in Arbeit sind, sollen die »faulen Säcke«, die sich vor der Arbeit drücken, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen und dann noch schwarz arbeiten, bezahlen? Sollen sie doch endlich, wenn auch nur für 1 EUR arbeiten! So spaltet Bundeskanzler Schröder die Massen der Lohnabhängigen: Arbeitslose von den Arbeitenden. Wo ist zu diesen Punkten die Gegenpropaganda der Gewerkschaften, die doch deutlich sagen müsste: Arbeit zu Dumpinglöhnen durch Hartz IV bedeutet Druck auf die Löhne aller Lohnabhängigen! Deshalb heraus auf die Straße, um gegen diese Politik zu demonstrieren! Dieser Schritt würde eine Politisierung bedeuten, die von den Gewerkschaftsspitzen gefürchtet wird. Überall stimmen sie deshalb schrittweise dem Lohnabbau und der Arbeitszeitverlängerung zu. Auch sie suggerieren, es gäbe keine Alternative. Und in den Belegschaften der Betriebe gibt es heute



nicht die Kräfte, die sich diesem Sozialabbau widersetzen könnten.

Ganz besonders trifft die Spaltungspropaganda auf das neue Verhältnis von Ost- und Westdeutschland. Dem auf der Straße massenhaft vorgetragenen Protest gegen den Sozialabbau und die Perspektivlosigkeit in Ostdeutschland, begegnen die Propagandisten der herrschenden Klasse mit einer Diskriminierung der Menschen in Ostdeutschland: »Gegen

(1) Köhler ist für die Bourgeoisie der richtige Mann zur richtigen Zeit im Amt. An der Spitze des IWF hatte Köhler diese Politik bereits weltweit betrieben: Der Internationale Währungsfond zwingt die Regierungen zur Sanierung der Staatsfinanzen durch massiven Sozialabbau; das ist die Voraussetzung für Kredite.

den kalten Wind des Kapitalismus, der zur gleichen Zeit durch die osteuropäischen Länder wehte, schützt seitdem diesseits der Oder eine wohlfahrtsstaatliche Wattierung, die mit westdeutschen Transfergeldern gefüttert wird.« (FR, 21.09.04)

Es war nicht nur die Masse der Bewohner der DDR, die den Anschluss an Westdeutschland suchte. Die Angliederung Ostdeutschlands war von der herrschenden Klasse in Westdeutschland gewollt. Sie demonstrierte die Niederlage des realsozialistischen Gesellschaftssystems und hatte damit ihre gewünschte Wirkung auf den innenpolitischen Klassengegner: Arbeiter, der Kapitalismus ist unüberwindlich, ihr müsst euch in ihm einrichten!

Die Propagandisten der bürgerlichen Gesellschaft vernebeln nur zu gern die Angliederung der DDR an die BRD: *»Durch den industriellen Zusammenbruch in der Möglichkeit wirtschaftlicher Eigenentwicklung eingeschränkt, fügte man sich allzu bereitwillig in den Status des Empfängers«*. Gewinner der Angliederung der DDR war nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch das deutsche Kapital: Die Kapazitäten der westdeutschen Industrie waren Ende der 80er Jahre nicht ausgelastet. So entledigte man sich der ostdeutschen Industrie als möglichen Konkurrenten und hatte ein neues Absatzgebiet. Ostdeutsche Betriebe wurden für symbolische Preise an westdeutsche Unternehmer verschertelt. Diese steckten Subventionen ein und schlossen anschließend die Betriebe, alles betreut von einer Armada von Rechtsanwälten und anderen Juristen, denen die Honorare »wie von alleine« in die Taschen spülten. Mit der Zerstörung der Industrie in Ostdeutschland wurden Millionen Arbeitsplätze vernichtet, die einzelnen industriellen Neuansiedlungen und mit dem Fremdenverkehr nicht aufgefangen werden konnten. Als Abfederung dienten AB-Maßnahmen, vom Arbeitsamt bezahlt.

Die Zeiten der Nachkriegskonjunktur und der Konkurrenzposition Westdeutschlands zur DDR, in der die Lohnabhängigen ihren Lebensstandard steigern konnten, sind vorbei. Heute ist der Sozialabbau vorherrschend. Der bis dahin bestimmende Ost-Westgegensatz existiert nicht mehr. Westdeutschland als »Schaufenster des Kapitalismus« ist Geschichte geworden: Die Sozialpartnerschaft des »Rheinischen Kapitalismus« wird als gesellschaftlicher Gegenentwurf zum Realsozialismus nicht mehr gebraucht. Zugeständnisse an die Lohnabhängigen sind heute für das Kapital zu überflüssigem Luxus geworden. Die erreichten sozialen Rechte und Standards werden soweit abgebaut, wie es möglich ist, dies vorerst ohne Widerstand der Lohnabhängigen durchzuziehen. Alleiniger Maßstab des kapitalistischen Handelns ist der Profit, bzw. der zu erwartende Profit geworden. Nirgends wird das deutlicher als im Osten der Republik. Dort ist diese Gesellschaft nicht nur auf der Straße und in den Sozialstatistiken sichtbar. Es sind die Landstriche Vorpommerns oder der Altmark, die sich rapide entvölkern, es sind die Kleinstädte, die überaltern und die Plattenbaubezirke, die zum Abriss freigegeben werden. Es sind die Bahnstrecken, die stillgelegt werden, die kleinen Läden und Arztpraxen, die aus Gründen der Rentabilität schließen.

Der bundesrepublikanische Sozialstaat lässt sich nicht restaurieren. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West nicht zu realisieren. Das Kapital zieht seinen Nutzen aus der Ungleichheit der Lebensverhältnisse: Zuerst sind die Flächentarifverträge in Ostdeutschland geöffnet worden und zerbröckelt. Nach der Niederlage der IG Metall im Kampf um die 35 Std. Woche in Ostdeutschland konnten die Unternehmer zum Angriff auf die Arbeitszeit und Löhne im Westen übergehen. ■

■ MONTAGSDEMONSTRATIONEN WEGEN HARTZ IV IN DEN NEUEN LÄNDERN

Zu geringe Unterstützung aus dem Westen

Ab dem 19. Juli verschickte die Bundesagentur für Arbeit die Formulare für das ALG II, Ende Juli begannen in mehreren ostdeutschen Städten unabhängig voneinander Initiativen für Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Damit wurde aus der weit verbreiteten Angst vor der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Empörung über immer neue Zumutungen für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen endlich öffentlicher Protest.

Wir brauchen uns nur die offizielle Arbeitslosenstatistik anzuschauen, um zu verstehen, warum gerade in den neuen Bundesländern die Menschen so zahlreich auf die Straße gingen. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist im Durchschnitt doppelt, der Anteil der Langzeitarbeitslosen dreimal so hoch wie in der Alt-BRD. Dabei werden viele Erwerbslose in Fördermaßnahmen der Arbeitsämter »geparkt« und beschönigen somit die Statistik. Berücksichtigt man noch die stetige Abwanderung vor allem junger Menschen, sowie die hohe Anzahl von Pendlern, die einen Arbeitsplatz im Westen gefunden haben, so bekommt man einen Eindruck von dem Kahlschlag der industriellen und sozialen Strukturen in den neuen Ländern.

Hartz IV war der sprichwörtliche »Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte«. Mit ihrer Beteiligung brachten die Demonstranten zugleich ihrer Wut über die seit Jahren nicht eingelösten Versprechungen und Vertröstungen zum Ausdruck. *»Wir wollen nicht auf Dauer zu Almosenempfängern des Staates werden, sondern durch eigene Arbeit unseren Lebensunterhalt verdienen«*, so beschrieb eine Magdeburger Demonstrantin ihre Motivation.

Die ostdeutsche Bewegung gegen Hartz IV knüpfte an die Tradition der Montagsdemonstrationen von 1989 an. Damals wie heute spielte der Westen die entscheidende, machtpolitische Rolle. Doch während 1989 die Demonstranten sich der Unterstützung aller Parteien des Bonner Parlaments sicher sein konnten, standen sie 15 Jahre später der geschlossenen Front fast aller parlamentarischen Parteien (mit Ausnahme der PDS), der Unternehmerverbände und der Medien gegenüber.

Begrenzte Dynamik

Auf dem Gebiet der vormaligen DDR hat sich eine vom Westen abhängige Ökonomie etabliert. Das Bewusstsein von

dieser Abhängigkeit setzt jedem Protest sehr pragmatische Grenzen. Wenn die Protestbewegung gegen Hartz IV auf den Osten beschränkt bleibt, kann sie nicht gewinnen.

Die Demonstrationen hatten ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte des August. Selbst in kleinen Städtchen der ehemaligen DDR mit nur einigen zehntausend Einwohnern kamen über zweitausend Demonstranten zusammen, in Leipzig, Magdeburg und in der »Doppelstadt« Berlin demonstrierten Zehntausende. Die Organisatoren kamen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen: unzufriedene Kleinbürger, versprengte attacis, Arbeitslosenvereine, Gewerkschaftssekretäre, hier und da auch sichtbar die PDS. Aber unabhängig vom Veranstalterkreis vor Ort zeigten die Demonstrationen ein ähnliches Gesicht - empört über die Zumutungen der Regierung, jenseits aller formalen Organisationen, viele Arbeitslose, kaum Gewerkschaftsfahnen, oftmals ohne deutliche Abgrenzung nach rechts.

Die Reaktion der Bundesregierung war eindeutig. Sie machte klar, dass sie auch unter dem Druck der Straße und der Stimmung im Osten zu keinen wirklichen Zugeständnissen bereit sei. Lediglich der Auszahlungstermin - von Clement im Alleingang auf Ende Januar verschoben - wurde korrigiert sowie die Bemessungsgrenze für das Vermögen der Kinder (Ausbildungsversicherungen etc.) heraufgesetzt. Hartz IV zielt auf die Schaffung eines breiten Niedriglohnssektors und damit auf eine allgemeine Absenkung des Lohnniveaus. Eine erfolgreiche Gegenwehr müsste deshalb über den Kreis der ab Januar 2005 ganz unmittelbar Betroffenen hinausgehen. Selbst um Teilerfolge über die minimalen Zugeständnisse hinaus zu erringen, hätte es der politischen und praktischen Unterstützung aus dem Westen der Republik bedurft, vor allem von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften.

Mit den Demonstrationen in Berlin und Ansätzen in einigen westdeutschen Städten startete der Versuch linker Gruppen, das regional erfolgreiche Protestmodell zu verallgemeinern. Es gelang nur in Berlin, wo im Zuge der »Wiedervereinigung« der Westen an den Osten angeschlossen worden war (zumindest was die sozialen Bedingungen betrifft). Unberührt vom politischen Konflikt unter den Organisatoren zogen am 16. August Linksradikale und Kreuzberger Ureinwohner gemeinsam mit »gesitteten« Mitbürgern aus allen Bezirken und einigen ehemaligen DDR-Oppositionellen zur SPD-Residenz.

DGB verweigert bundesweite Unterstützung

Die Gewerkschaftszentralen gaben ihren regionalen Gliederungen grünes Licht für Proteste und erteilten damit einer bundesweiten Mobilisierung bzw. Unterstützung eine beiläufige Absage. Nur dort, wo es lokalen Druck gab, wurde unterstützt: das bedeutete aber, die Bewegung blieb auf den Osten beschränkt. Einzelinitiativen hier und da konnten an dieser Tatsache nichts ändern. Damit reihten sich die Gewerkschaftszentralen ein in die Front der bürgerlichen Parteien, die den Protest im Osten isolieren wollten. Zugleich machten sie deutlich, dass sie einer weiteren Mobilisierung gegen Hartz IV und der Agenda 2010 aus dem Wege gehen wollen. Im Sommer einigten sich die Gewerkschaftsvorsitzenden, die der SPD angehören, mit dem Parteivorstand auf einer Sitzung des Gewerkschaftsrates der SPD darauf, die Beschlüsse des Parlamentes zu akzeptieren und sich zukünftig nur noch auf Verbesserungen von Detailregelun-

gen zu konzentrieren. Die Gewerkschaftsspitzen beteiligen sich seitdem nicht mehr an Initiativen, die fordern: »Weg mit Hartz IV«!. Stattdessen wollen sie die Gespräche mit der Regierung ausbauen und die »Zumutungen« entschärfen. Dabei befinden sich die Gewerkschaftsvorstände in einem Dilemma und sind sich untereinander selbst nicht einig. Auf eine Kritik an den Abbaumassnahmen können sie wegen des Unmuts

in den eigenen Reihen und einer zunehmenden Unzufriedenheit an der Basis nicht verzichten. Zugleich stehen sie unter dem Druck der Co-Manager in den Spitzen der Konzernbetriebsräte. Die stützen den Schröder-Kurs und wollen damit ihre Pfründe verteidigen. Am deutlichsten brachte der DGB-Vorsitzende Sommer die Übereinstimmung von Gewerkschaftszentralen und Bundesregierung auf den Begriff, als er eine Teilnahme an den Montagsdemonstrationen ablehnte mit dem Hinweis, die Gewerkschaften würden sich nicht vor den Karren rechter und linker Extremisten spannen lassen. Damit reihte er sich in das Argumentationsmuster der Volksparteien ein, die ihre Wahlschlappen in Brandenburg und Sachsen mit dem Populismus von rechts und links zu erklären suchen.

Hier wird an einer Legende gestrickt, die seit Bestehen der BRD quasi zur »offiziellen Geschichtsschreibung« gehört. Linke und rechte Extremisten hätten gemeinsam die junge Weimarer Demokratie zu Fall gebracht. Die kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Politik der etablierten Parteien im Interesse des Kapitals - »zu der es keine Alternative gibt« - soll durch diese Legende ersetzt werden.

Die Passivität des DGB, die verweigerter Solidarität auf Bundesebene fördert die weitere Zersplitterung und Spaltung - zwischen Ost und West, zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten - und damit auch den rechten Populismus. Diejenigen, die ohne Einfluss und Lobby ihren Protest spontan auf die Straße tragen, werden die Lösung auf anderer Ebene suchen müssen, wenn sie bei den bürgerlichen Parteien kein Gehör finden und die Gewerkschaften ihnen die Solidarität ihrer organisatorischen und politischen Kraft verweigern.

Die Erfahrung der Ostdeutschen mit den bundesdeutschen Gewerkschaften zieht sich wie ein roter Faden durch die jüngste Geschichte: Tarife zweiter Klasse, Bischofferode, oder jüngst der Streik um die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie, um nur einige markante Beispiele zu nennen. Tatsächlich steht der Wahlerfolg von NPD und DVU am Ende der erfolglosen Proteste, als kaum einer mehr glaubte, Hartz IV sei noch zu verhindern.



Wie weiter nach dem 2. Oktober?

Nach dem dritten Montag war erkennbar, dass sich Dynamik und Teilnahme nicht wesentlich ausweiten ließen. Der Wind drehte sich. Die Medien bezogen gegen die Demonstrationen Stellung, sie sprachen u.a. von einem »Missbrauch des historischen Datums«. Nach dem klar geworden war, dass die Bundesregierung nicht im Traume an eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze denkt und die Gewerkschaftszentralen einer bundesweiten Mobilisierung eine Absage erteilt hatten, sank die Zahl der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen. Deshalb traf der Vorschlag einer bundesweiten Demo am 2. Oktober in Berlin auf breite Zustimmung. Es schien der einzige Weg zu sein, wenigstens für einen Tag den Westen der Republik mit in die Bewegung hinein zu bekommen. Der Termin war aus einem Dilemma entstanden. Er sollte so nah wie möglich sein, damit die ostdeutschen Demos bis dahin durchhalten – und so fern wie möglich, damit Unterstützung aus dem Westen mobilisiert werden kann.

Die Demonstration des 2. Oktober war mit über 50.000 Teilnehmern noch mal ein Höhepunkt, markierte aber zugleich die Grenzen der bisherigen Proteste. GewerkschafterInnen aus den westlichen Bundesländern waren weit weniger gekommen als erhofft und beispielsweise noch am 1. November 2003. Die Demonstration war bestimmt von denen, die in den vergangenen Wochen auch auf der Straße waren, den Ostdeutschen. Die regelmäßigen Demos bei weiter rückläufigen Teilnehmerzahlen einfach fortzusetzen, macht keinen Sinn. Für die Protestbewegung im Osten ist es höchste Zeit zu einer Besinnung. Denn die Wochen der großen Sprüche von »Kanzlersturz« und »breiter Volksbewegung« sind vorbei. Es kommt jetzt darauf an, in den Stadtteilen, vor Arbeitsämtern, vor Betrieben und in den Gewerkschaften politische Aufklärungsarbeit zu leisten, um Voraussetzungen zu schaffen, damit eventuell Anfang nächsten Jahres (mit Inkrafttreten von Hartz IV) ein noch breiteres Bündnis wieder die Straßen füllt oder zu anderen Formen des Protestes findet.

»Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden.« (Sun Zi: Über Kriegskunst)

Unser Feind ist aber keine fremde Armee, sondern die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Zur Kenntnis unseres Feindes gehört deshalb das Wissen um die Mechanismen und Triebkräfte dieser Ordnung eben so, wie eine Einschätzung des konkreten gesellschaftlichen Zustandes und seiner Entwicklung. Ohne dass wir uns schonungslos Rechenschaft ablegen – nicht nur über die Stärke unseres Gegners, sondern auch über die Unzulänglichkeiten in den eigenen Reihen, vor allem über den Zustand der Gewerkschaften – werden wir längerfristig keine Erfolge erringen können. Die Gewerkschaften wären momentan die einzigen Organisationen, die, trotz geschwächter Positionen in den Betrieben, allein auf-



Berlin, 16. August 2004: Vor der abgesperrten SPD-Zentrale staute sich der Demonstrationzug

grund der Zahl ihrer Mitglieder, den Plänen der herrschenden Klasse entgetreten könnten. Voraussetzung wäre allerdings, dass sie in der Lage sind, dem sich ausbreitenden Unmut und dem spontanen Protest eine politische Orientierung zu geben. Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Kurs der Klassenversöhnung und der »kritischen« Mitarbeit an den »Reform«vorhaben der Regierung lassen die Gewerkschaftsvorstände zu, dass der Klassegegner die Gewerkschaften zu einem Instrument beim sozialen Abbau macht. Hier liegt eine der wesentlichen Aufgaben einer kommunistischen Organisation und von aktiven KollegInnen, die auf dem Standpunkt des internationalen Klassenkampfes stehen. Ohne eine langfristig angelegte Auseinandersetzung in den Betrieben und Gewerkschaften mit dem Ziel, die sozialpartnerschaftliche Form der Interessenvertretung zurückzudrängen, lässt sich die Zersplitterung und Spaltung der Proteste nicht überwinden. Dann werden auf Dauer die Demagogen von rechts weiter Kraft aus der sozialen Abwärtsspirale und der Diskreditierung der Volksparteien ziehen. ■

BERLIN:

Nach anfangs erfolgreicher Mobilisierung folgte der Streit unter den »Linken«

Am 16. August fand in Berlin die erste Montagsdemonstration statt. Treffpunkt war (in Anlehnung an die Erfahrungen von vor 15 Jahren) der Alexanderplatz. 20.000 Menschen hatten sich eingefunden. Das Bild wurde bestimmt von vielen Betroffenen – sie kamen wohl überwiegend aus dem Osten der Stadt – mit selbst gemalten Transparenten. Über Kreuzberg zog der bunte und vielfältige Zug zur SPD-Zentrale. Die Reaktion der Bevölkerung war interessiert und zustimmend und viele schlossen sich noch spontan an. Die Residenz der

SPD-Parteiführung war weiträumig von der Polizei abgesperrt. Für die Abschlusskundgebung blieb dadurch kein angemessener Platz, der die Demonstranten hätte aufnehmen können. Die Wut entlud sich deshalb bei vielen verbal an den Absperrungen gegenüber den eingesetzten Polizeikräften.

Mit der steigenden Zahl der Montagsdemonstrationen sank auch in Berlin die Anzahl der Teilnehmer. Linke Organisationen sowie die aktiven GewerkschafterInnen mit ihren Fahnen und Transparenten prägten stärker das Erscheinungsbild. Allerdings blieb die Beteiligung der Gewerkschaften beschränkt auf Erwerbslose, die wenigen Aktiven und Funktionäre. Einen größeren Zulauf aus Betrieben oder Verwaltungen gab es nicht. An der letzten Montagsdemo vor dem 2. Oktober beteiligten sich nur noch 4.000 Menschen. Mit abnehmender Teilnehmerzahl wuchs die Bedeutung innerlinker Auseinandersetzungen und Querelen, was auch auf der Straße zum Ausdruck kam und sicherlich mit zum weiteren Abbröckeln führte.

Mit Ruhm bekleckert hatte sich in diesen Auseinandersetzungen keiner der beteiligten Kontrahenten. Sie trugen auch zur inhaltlichen Klärung oder Orientierung nichts bei. Im Wesentlichen ginge es darum, wer letztlich die Abschlusskundgebungen bestimmte, auf welche Redner man sich einigen könne oder auch nicht usw. Zu einem besonders heftigen Streitpunkt wurde der Termin (2. oder 3. Oktober) der zentralen Demonstration. Besonders unsolidarisch verhielt sich in diesen Auseinandersetzungen die MLPD. Früher als alle anderen, bereits seit Dezember 2003 hatte sie mit ihren Anhängern und »Massenorganisationen« auf dem Alex regelmäßig Montagsdemonstrationen veranstaltet. Diese Montagsdemonstrationen waren auch für die nächsten Wochen polizeilich angemeldet. Daraus leitete die MLPD ihren Anspruch auf eine führende Rolle in alle folgenden Aktionen ab. An Absprachen, im gemeinsamen Bündnis getroffen, hielt sie sich nicht. Deshalb marschierten nach der ersten Montagsdemo die MLPD und der Großteil der linken Organisationen sowie der GewerkschafterInnen auf getrennten Routen. Das Spektrum, welches der MLPD in den Bündnisgesprächen entgegentrat, war politisch vielfältig und gegensätzlich. Es beschränkte sich im Wesentlichen auf organisatorische und verfahrenstechnische Absprachen und ließ die politische Diskussion über die Politik der MLPD weitgehend außen vor. Die Spaltung wurde von der bürgerlichen Presse in Berlin begierig aufgegriffen und genutzt.

Im weiteren Verlauf fanden die getrennten Demonstrationen wieder zusammen, allerdings ohne dass die Differenzen beigelegt und es zu einer Einigung gekommen wäre. Am 20. Oktober kam es dann zum öffentlichen Eklat. Entgegen den Absprachen versuchte die MLPD ihren Lautsprecherwagen bis zum Ort der Kundgebung mitzuführen. Bereits den Montag zuvor hatte sie die Abschlussreden mit ihren eigenen Beiträgen gestört und für ihre Demonstration am 3. Oktober geworben. Als die Vertreter von IGM und ver.di mit ihren quer gestellten Lautsprecherwagen an der vereinbarten Kreuzung versuchten den LKW der MLPD an der Weiterfahrt zu hindern, kam es zu Rangeleien und später zu einem Einsatz der Polizei, die den Wagen der MLPD aus dem Verkehr zog. Einen Tag später kündigte ver.di Berlin an, sich in Zukunft nicht mehr an den Montagsdemonstrationen zu beteiligen. Als Begründung wurde das Auftreten der MLPD genannt.

Statt die Widersprüche zu vertiefen, arbeitet die MLPD mit ihrem Verhalten den Kräften in den Gewerkschaften in

die Hände, die jeglichen, öffentlichen Protest gegen die Bundesregierung ablehnend gegenüberstehen. Die Berliner ver.di-Funktionäre, die sich in der Vergangenheit für die Teilnahme an den Demonstrationen stark gemacht hatten, scheuten angesichts sinkender Teilnehmerzahlen und dem Bild der Montagsdemos, wie es sich auch in den Medien niederschlug, vor weiteren Aufrufen zurück. Denn über eine breitere Basis in den Betrieben und Verwaltungen verfügen sie nicht. Es gab von dort keine Druck und keine nennenswerte Beteiligung an den Montagsdemonstrationen. Der revolutionäre Anspruch, den die MLPD so gerne vor sich her trägt, erweist sich in der täglichen Praxis als Wortradikalität, wobei sie allen, die nicht ihren Vorstellungen und Losungen folgen wollen, als Reformisten, Verräter etc. entlarven. Mit dem Bekenntnis zu kommunistischen Grundsätzen allein (bzw. was die MLPD für solche hält), lässt sich noch keine revolutionäre Politik betreiben. Dazu gehört, dass man sich der Methode des Marxismus bedient, um die gesellschaftlichen Widersprüche und Kräfteverhältnisse konkret zu analysieren.

F.F., Berlin ■

■ MONTAGSDEMOS IN LEIPZIG:

Dem Proleten bleibt keine Wahl, er muss sich wehren!

Spontane Proteste von unten werden nicht selten ganz und gar für das Erbstück Älterer genommen. Über Ähnlichkeiten und Unterschiede nachzudenken macht deshalb Sinn. So verhält es sich auch mit den jetzigen Montagsdemonstrationen, die für Gesprächsstoff sorgen, selbst in den Reisezügen der Deutschen Bahn. Am 2. August nahmen sie in Magdeburg auf Betreiben eines arbeitslosen Eisenbahners ihren Ausgang. Eine Woche später fanden sich auch in Leipzig rund 8.000 Demonstranten wieder an der Nikolai-Kirche ein. Die Zahl erhöhte sich in den folgenden zwei Monaten auf 20.000. Bei den Montagsdemos aus anderem Anlass im Herbst 2003 waren es nur jeweils 500 bis 1000 Demonstranten gewesen. Doch die heutige Leipziger Montagsdemo ist im Unterschied zu derjenigen von 1989 in der DDR eine unter vielen. Die Leipziger Demonstranten, wie die Demonstranten in anderen Städten, drückt, dass sie die Melkkuh der oberen 10.000 sind. Es drücken sie also auch die »Heldentaten« jener Bürgerrechtler von 1989, die sich inzwischen mit den Herrschenden arrangiert haben und kräftig absahnen. Die Demonstrationen zum Ende der DDR konnten sich nur zur Konterrevolution wandeln, was auch bedeutet, dass die soziale Revolution, die den Sozialismus schafft, noch nicht beendet war. Die Konterrevolution folgt auf eine halbe, nicht auf eine ganze Revolution. Die »Wende« war ein rückwärts-gewandter Systemwechsel. Auf der Kundgebung am 30. August brachte das die Friseurin Regina Richter erzürnt und erbittert mit den Worten zum Ausdruck: »Ja, wir wollten 1989 Veränderungen, wir wollten eine soziale Demokratie. Bekommen haben wir anstelle der Diktatur des Politbüros die Diktatur des Geldes. Ich will keines von beiden.« Die Herrschenden in der BRD sind zwar auch druckempfindlich, aber sie wissen, wie sie mit dem Druck umzugehen haben, wenn es ernst wird. Skrupel kennen sie nicht.

Es scheint – grob vereinfacht gesagt –, dass der typische »Hartz-IV-Demonstrant« aus dem Osten kommt, männlich

ist, ein Alter von 50 bis 55 Jahren hat, in einem unsicheren Arbeitsverhältnis steht oder arbeitslos ist, deutlich linksorientiert auftritt, den Sozialismus als eine gute Idee betrachtet, die schlecht ausgeführt wurde und am ehesten zur PDS tendiert. Im Hinblick auf ihre berufliche Stellung bilden die Demonstrierenden in etwa die Bevölkerung ab. Daher die mannigfaltigen Deutungen, denen die »Demos« unterliegen. Sie haben sich mit unterschiedlicher Intensität über das ganze Land ausgedehnt. Die schwankenden Teilnehmerzahlen, die die Fernsehsender und Tageszeitungen am meisten interessieren, um sie bewusst nach unten zu korrigieren, sind vor allem von Belang, weil die Zahl ein natürlicher Gradmesser für die Stärke des Massenprotestes ist. In den meisten Städten, so auch in Leipzig, ist die Tendenz eher rückläufig. Weit interessanter ist dennoch der Umstand, dass es die Not als praktischer Ausdruck der Notwendigkeit ist, die die Menschen auf die Straße treibt. Für diese Not steht Hartz IV und damit der neoliberale Kapitalismus in der BRD, deren herrschende Klasse besonders brutal und weltweit eine der erfahrensten ist. Deshalb verwundert es Kollegen im Ausland z.B. Österreich und Belgien, dass in Deutschland soviel Duldsamkeit unter den Massen herrscht. Für sie sind die Demonstrationen ein Ausdruck gleicher Interessenlagen unter den Lohnabhängigen, ein notwendiger Bestandteil von Solidarität, von internationalistischer Hilfe, weil die BRD einer der größten, wenn nicht überhaupt der größte Einpeitscher des europäischen Kapitals beim rigorosen Sozialabbau ist. In Leipzig und den angrenzenden Städten z.B. gibt es derzeit 24.800 Langzeitarbeitslose und 6.300 Arbeitslose unter 25 Jahren. Von den mehr als 100.000 Beschäftigten im produzierenden Gewerbe 1989 sind noch knapp 19.000 übrig geblieben.

Die Wahl der Redner, insbesondere der Spitzenredner erwies sich in jeder Stadt, wie stets in der Politik, als eine der wichtigsten Fragen bei der Organisation der Demonstrationen. Nach Leipzig kam Oskar Lafontaine. Die WASG hatte ihn geholt. Was er vor mehr als 45.000 Zuhörern kritisch zu Hartz IV sagte, fand Zustimmung. Dennoch hielt er letztlich eine Wahlrede für die SPD. Ob dies allerdings die meisten Demonstranten so wahrgenommen haben, ist zu bezweifeln. Lafontaines eigenen Genossen, von denen einige in meiner Nähe standen, war er manchmal sogar zu links. Wahrgenommen wurde von den Demonstranten vor allem die Kritik an Hartz IV, weniger die Illusion einer Wiederkehr des Sozialstaates – noch dazu auf parlamentarischem Wege. Wahrgenommen wurde später aber auch, dass die Medien Lafontaine direkt demontierten. Diese Lektion in Sachen Unabhängigkeit der Presse und Objektivität der Berichterstattung war stärker als die Information über Wankelmütiges in seinen Ausführungen. Denn Lafontaine zog die Aufmerksamkeit auf sich, weil er dem Standardargument von der »Alternativlosigkeit der Reformen« widersprach, ohne allerdings die wirkliche Alternative, die außerparlamentarisch ist, aufzuzeigen. Damit wäre der Redner auch politisch überfordert gewesen.

Auf Transparenten ist zu lesen: Hartz IV muss weg, mit dem Sozialabbau muss Schluss gemacht werden, Arbeit für Millionen statt Milliarden für den Krieg, Rücknahme der Steuergeschenke an die Reichen und Superreichen. Doch woran liegt es, dass es anders ist? Wo Lohnabhängige oder konsequente Linke zu Wort kommen, denen der Stimmgabel nicht das Mittel ist, hört man auch deutlichere Worte, die den

Bogen zur Eigentumsfrage schlagen. Jedoch: »Bürgerinnen und Bürger! Lasst uns von den Eigentumsverhältnissen sprechen!« hat wohl noch niemand so deutlich gesagt. Ja, wenn die Gewerkschaften als Kampforganisationen aller Lohnabhängigen und nicht als Staatsorganisationen handeln würden, dann könnte sich dies ändern. Dann wäre etwas von Gegenmacht, tatsächlicher Bewegung im Sinne der von der Arbeiterschaft getragenen Bewegung zur Lösung der »Messer-und-Gabel-Frage« spürbar und die Demonstrationen bekämen Kraft. Aber davon sind wir weit entfernt.

Doch die Wahlergebnisse für die Nazis sind ein Achtungszeichen. Sie bestimmen die Demonstrationen nicht, aber sie sind präsent, sie sind aktiv – und wie man weiß, liegt der Schwerpunkt ihres Handelns keineswegs im Parlament, sondern im außerparlamentarischen Angriff auf systemkritische Lohnabhängige und ihre Organisationen – im Sinne des Kapitals.

Aufmüpfige Linke, die sich keine Illusionen über die Klassen- und Machtverhältnisse in der BRD machen, die durchaus wissen, dass man der Arbeiterklasse nicht hilft, wenn man sie nur in ihrer historischen Mission, nicht aber ihrem konkreten Zustand begreift, rufen dazu auf, den Widerstand von unten mit Geduld und Umsicht zu entwickeln. So auch in einer in Leipzig vor rund 3000 Demonstranten gehaltenen Rede, die wir an dieser Stelle wiedergeben, ohne damit sagen zu wollen, dass man nicht noch deutlicher sprechen muss, weil Arbeiter und Angestellte – beschäftigt oder arbeitslos – zum Kern der Demonstrierenden gehören. Zum Ende der Weimarer Republik stand die Frage, ob es der Arbeiterklasse und ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gelingen würde, einen Ausweg über die krisengeschüttelte kapitalistische Wirtschaftsordnung hinaus zu finden. Dann hätten sie auch die enttäuschte und hoffnungslose Erwerbslose und Kleinbürger, die zu den Nazis liefen, gewinnen oder neutralisieren können. Auch heute dürfen wir die Frage nach der Alternative zur bestehenden kapitalistischen Ordnung nicht ausklammern und sie den rechten Demagogen (die geben sich auch gern antikapitalistisch) überlassen.

E.B., Leipzig ■

Beitrag auf der Montagsdemonstration

»Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

wir haben uns hier erneut zusammengefunden, um unmissverständlich deutlich zu machen: Wir finden uns mit der Politik des Einreißen unseres sozialstaatlichen Gebäudes nicht ab. Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen sollen, dass die Lohndrückerei immer unverschämter wird, während große Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Wir sehen, wie es im Aufruf für die zentrale Demo in Berlin heißt, in der neoliberalen Politik von Bundesregierung, CDU/CSU und FDP nichts, aber auch gar nichts von irgendeiner »Modernisierung«, wie uns das dauernd von Politikern und Medien erzählt wird.

Wir können in dieser Politik den beschleunigten Übergang zu einer historisch extrem neuen und gefährlichen Situation erkennen. Dies ist eine Situation, da das große Kapital und die Regierenden – ungestört und offen – das Profitstreben zum obersten Verfassungsprinzip machen wollen. Dabei wollen sie die bisher geltenden gesellschaftlichen



Kassel: Das nordhessische Bündnis gegen Sozialabbau« während einer von ihm organisierten »Montagsdemonstrationen«

Bedingungen und Regularien des in Gestalt des Sozialstaates vorhandenen Art Klassenkompromisses außer Kraft setzen.

In seinen Geschichten von Herrn K. erzählt uns Bert Brecht folgende Geschichte vom hilflosen Knaben: Einen vor sich hinweinenden Jungen fragt ein Vorübergehender nach dem Grund seines Kummers: ›Ich hatte zwei Groschen für das Kino zusammen, sagte der Knabe, da kam ein Junge und riss mir einen aus der Hand.‹ ›Hast Du denn nicht um Hilfe geschrien?‹ fragte der Mann. ›Doch‹ sagte der Junge, ›aber mich hat niemand gehört‹ ›Kannst Du nicht lauter schreien?‹ ›Nein‹, sagte der Junge und blickte den Mann hoffnungsvoll an. ›Dann gib auch den her‹, sagte der, nahm ihm den letzten Groschen aus der Hand und ging weiter.

Diese verbreitete Unart, erlittenes Unrecht in sich hineinzufressen, ist nicht unsere Sache. Für soziale Gerechtigkeit muss man kämpfen. Allein in der Region Leipzig gibt es gut 54.000 Arbeitslose und darunter 25.000 Langzeitarbeitslose. Nur eine Minderheit ist heute hier. Wir appellieren an alle Betroffenen (und natürlich auch an die mit ihnen solidarischen Menschen) in Leipzig sich uns, sich dem Sozialprotest, sich gerade auch der Großdemonstration am 2. Oktober in Berlin anzuschließen.

Wir wissen aus der Geschichte, dass ein Einbruch der Gesellschaft von unten in die Staatspolitik, dass ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Zivilisationsfortschritt und Demokratie, dass ein Ende der Politik des Sozialraubes nicht mit Wehleidigkeit erreicht werden kann.

Auch das Vertrauen auf irgendeinen Vorübergehenden – und sei es auf einen Politiker wie Oskar Lafontaine, der uns wohl gesonnen ist – oder auf eine politische Organisation, die stellvertretend für uns schon das Richtige tun wird, wird nicht den erhofften politischen Erfolg bringen. Dabei habe ich gar nichts gegen uns unterstützende Politiker und Parteien. Aber: Wir hätten in Deutschland keine Sozialgesetzgebung im 19. Jahrhundert gehabt ohne den Kampf der Arbeiterklasse in der Bismarck-Zeit. Es hätte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in der Bundesrepublik keine progressive Sozial- und Bildungsreformen gegeben, ohne den gesellschaftlichen Protest von Studenten, der kritischen Intelligenz und engagierten Gewerkschaftern, ohne die damit einhergehende radikale und leidenschaftliche Kritik und die unkonventionellen Aktionsformen in den Jahren 68/69.

Wir als Protestierende haben in den letzten Wochen immerhin erreicht, dass die Landtagswahlen auch in Sach-

sen ganz im Zeichen des Themas soziale Gerechtigkeit und der kritischen Auseinandersetzung mit Hartz IV standen. Die zwei großen Parteien, die maßgeblich Hartz IV und die Politik des Sozialkahltschlags zu verantworten haben, haben gegenüber 1999 in Sachsen rund 380.000 bzw. 30.000 ihrer Stimmen verloren. Zumindest ich – natürlich kann ich hier nicht für alle sprechen – war sehr froh, dass bei den Wahlen in Sachsen die Partei, die auch bei unseren Protesten klar und richtig mit der Aussage präsent war und ist: ›Hartz IV – das ist Armut per Gesetz‹ relativ und absolut Stimmen gewonnen hat.

Aber auch hier warne ich vor Illusionen. Ich erinnere an die klare und richtige Aussage im Mathäus-Evangelium 6, 24: ›Niemand kann zwei Herren dienen. ... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.; Man kann auch nicht zugleich dem Volk und den Regierenden dienen. Wer sich in unserer Zeit eines entfesselten Kapitalismus – mit welchen Absichten auch immer – regierungspolitisch betätigt, der nimmt billigend in Kauf sich am Sozialraub und seiner Rechtfertigung zu beteiligen. Man kann nicht Diener zweier Herren sein.

Wir können auch nicht übersehen, dass in Sachsen gegenüber der letzten Wahl fast 80 000 Wahlberechtigte weniger zur Wahl gegangen sind. Soziologen haben seit einiger Zeit festgestellt, dass die zunehmende Wahlenthaltung so etwas wie eine sich ausweitende Form des ›politischen Protestes‹ ist. Wir müssen den so Protestierenden sagen: Wahlenthaltung hat noch in keinem Land zu keiner Zeit politische Veränderungen herbeigeführt. Was wir vor allem brauchen ist eine neue APO, eine einflussreiche außerparlamentarische Opposition, die sich als Gegenmacht zu den Regierenden versteht und entsprechend eigenständig handelt.

Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger, die protestieren wollen, handelten aber offenbar gestern nach einer Devise, die schon Heinrich Heine mit den Worten kennzeichnete: ›Nur die allerdümmsten Kälber, wählen ihre Metzger selber.‹ Der Einzug der nazifaschistischen NPD in den Sächsischen Landtag ist ein verheerendes Signal, ein Alarmsignal auch für uns.

Gefordert ist hier auf neue Weise die antifaschistische Bewegung der Bundesrepublik, auch unsere Verantwortung als Teil der demokratischen Protestbewegung. Absurd ist so

auch das Gerede der Regierenden in Sachsen und von beamteten Politologen wie Herrn Patzeld aus Dresden von einer erneuten Gefahr von links und rechts. Die tatsächliche Lehre der Weimarer Republik und des damals verlorenen Kampfes gegen den Nazifaschismus ist: Nur wenn die Linken gemeinsam mit sozialen Christen und Sozialstaatskonservativen unmissverständlich, vereint und mit überzeugenden Argumenten und schließlich auch mit Erfolg den Kampf für die sozialen Interessen der Menschen führen, kann der Nazifaschismus gestoppt werden. ■

Montagsdemonstrationen in Kassel

Die ostdeutsche Montagsdemonstration überraschte auch die im »Nordhessischen Bündnis gegen Sozialabbau« organisierten KollegInnen, jedoch wurde bereits zum 16. August eine »Montagsdemo« mit ca. 400 Teilnehmern organisiert. Eine Woche später erschienen bereits 950 Teilnehmer, jedoch ging die Zahl am 30. August auf 550 zurück. Bei dieser Größe stabilisierte sich die Zahl in den folgenden Wochen. Am Montag vor der bundesweiten Demonstration in Berlin waren es nur noch 350 Teilnehmer. Bei den ersten Montagsdemos dominierten Fahnen von Attac, PDS, SAV und MLPD, später tauchten zunehmend Gewerkschaftsfahnen auf. Obwohl beispielsweise VW-Betriebsräte und Mitglieder der VK-Leitung teilnahmen, sporadisch auch der IG-Metall-Bevollmächtigte und einige ver.di-Hauptamtliche, gelang es nicht in nennenswerter Zahl Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben zu mobilisieren. Nach dem 2. Oktober und im Zusammenhang mit der bundesweit abnehmenden Beteiligung beschloss das Bündnis vorerst auf regelmäßige Montagsdemos zu verzichten.

Im Zuge der Vorbereitungen auf die Berliner Demonstrationen gab es auch in Kassel Streit mit der MLPD, die nach dem 2. Oktober vom Bündnis ausgeschlossen wurde. Sie war nicht in der Lage, sich an Beschlüsse des Bündnisses zu halten. Mit ihrer Praxis, in der »Roten Fahne« Kollegen mit Foto als Opportunisten zu denunzieren, lieferte die MLPD ihren Gegnern aus den Reihen der Gewerkschaften, von Attac oder der Wahlalternative reichlich Gründe für eine Ausgrenzung. Die unzureichende Klassenanalyse der MLPD zeigt sich auch in ihrer Parole: »Wir sind das Volk«, was mindestens Teile der Bourgeoisie einschließt, ausländische Kolleginnen und Kollegen jedoch ausgrenzt. Zu dieser an die Volksfrontpolitik der späten dreißiger Jahre erinnernden Taktik der MLPD passt ihr Bündnis mit Mitgliedern der reaktionären ÖDP, mit denen sie unverdrossen die Montagsdemonstrationen trotz kontinuierlich sinkender Beteiligung fortsetzen. An diesem starren Festhalten an einer Protestform, die ihren Höhepunkt überschritten hat, wird die taktische Unbeweglichkeit der MLPD deutlich. Aus einer Selbstüberschätzung heraus, in der die eigenen Wünsche mit der Wirklichkeit verwechselt werden, glaubt sie auf ein Bündnis mit den Teilen der Gewerkschaften verzichten zu können, die bereit sind, die Auseinandersetzung mit Unternehmern und Regierungen aufzunehmen.

Das nordhessische Bündnis konzentriert sich zunächst auf die Unterstützung eines gewerkschaftsübergreifenden Aktionstages, der am 17. November, dem ehemaligen Buß- und Betttag, in Südniedersachsen und Nordhessen stattfinden soll.

Kassel, 13.10.04 ■



Siegen: Der Katholische Arbeitnehmerbund mobilisiert

»Ein buntes Völkchen folgte den orange-schwarzen Flaggen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung. Punker und Rentner, Kommunisten und Christen, Arbeitslose und Studenten protestierten friedlich Seite an Seite gegen die Arbeitsmarktreformen. »Hart, Härter, Hartz« oder »Hartz Vier – nicht mit mir!« stand auf den Schildern und Transparenten. Viele Passanten schlossen sich spontan dem Zug an. Immer wieder forderten Demonstranten Zuseher zur Teilnahme auf: »Komm, mach mit, du bist doch auch arbeitslos!« Peter Thesing, Bezirksvorsitzender der KAB Siegen-Wittgenstein/Olpe nannte Hartz IV ein »staatlich verordnetes Enteignungsprogramm für Leute, die fleißig waren und gespart haben.« Er kritisierte, die Reform würde keinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. Stattdessen würden die Schwächeren zugunsten der Reichen belastet. Seinen Worten schloss sich KAB-Bezirkspräsident Reinhard Lenz an: »Warum gehen wir auf die Straße? Weil wir uns Gedanken machen über unsere Zukunft und unsere Familien. Der soziale Friede ist in Gefahr«, rief er und erntete lautstarke Zustimmung. Die Kundgebung soll keine Einzelveranstaltung bleiben. »Sollen wir auch weiterhin protestieren«, fragte Peter Thesing. Ein tosendes »Jaaa!« aus 1000 Kehlen war die Antwort. Und einer rief hinterher: »Jede Woche, bis Hartz IV erledigt ist!« So beschrieb die westfälische Rundschau am 28. August die erste Demonstration gegen Hartz IV in Siegen.

Insgesamt drei Demonstrationen fanden statt. Zu allen hatte der CDU-nahe Katholische Arbeitnehmerbund (KAB), der vorwiegend im Kreis Olpe seine Verankerung hat, aufgerufen. Zum Mitdemonstrieren aufgefordert waren auch IG Metall und ver.di. Beide riefen ihre Mitglieder aber nicht zur Teilnahme auf. Die Demos fanden jeweils am Freitag statt. Dem Aufruf in der Presse und mit Handzetteln folgten am 27. August 500, am 10. September 250 und zum Schluss, am 25. September nur noch knapp 100 Demonstranten. Das Anfang 2004 auf Initiative der ver.di-Jugend gegründete Netzwerk gegen Sozialkahlschlag, an dem sich verschiedene Gewerkschafter und Alt-Linke beteiligen, befindet sich im Aufbau und sucht noch gemeinsame politische Positionen und Handlungsmöglichkeiten. Das Netzwerk beteiligte sich nicht an den Demos. Nur die Mitglieder der DKP sind auf den Zug aufgesprungen, da sie nicht als Spalter dastehen wollen. ■

Verheerendes Signal für die Lohnabhängigen – nicht nur in Deutschland



Der Unternehmensvorstand von DaimlerChrysler hat seine Forderung 500 Millionen EUR pro Jahr einzusparen durchgesetzt. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall nannte die Einigung ein »Zeichen der Vernunft«. Die Bedeutung werde weit über das Unternehmen hinausstrahlen. Die Regelung von Arbeitsbedingungen werde künftig – auch im Rahmen des Flächentarifs – viel stärker durch betriebliche Differenzierungen bestimmt. Kanzler Schröder nannte das Abkommen »zukunftsweisend«. Es weist in eine Zukunft, die Arbeit und soziale Sicherung zur Billigware macht, Kostenentlastung auf Kosten der Lohnabhängigen. Für andere Firmen ist nun der Weg weiter gebnet die Ausbeutung der Beschäftigten zu erhöhen.

»Die Daimler-Belegschaft lässt sich nicht erpressen«, so tönten führende Funktionäre der IG Metall und des Gesamtbetriebsrats beim Aktionstag am 15. Juli. Doch genau das haben sie mit der in der Nacht zum 23.07.04 erzielten Einigung zugelassen

Gesenkten Hauptes verließen Betriebsratsmitglieder das Verhandlungsgebäude. Warum sollten sie das wohl, wenn es doch – so Jürgen Peters und Erich Klemm – schließlich keinen fundamentalen Eingriff in den Tarifvertrag gegeben habe und 160.000 Arbeitsplätze bis zum 31.12.2011 gesichert seien. Was die Arbeitsplatzgarantie wirklich wert ist, weiß eben keiner von ihnen. Mercedes-Chef Jürgen Hubbert jedenfalls ließ sich eine Hintertür offen. Er verwies darauf, dass neu verhandelt werden müsse, wenn sich die wirtschaftliche Situation stark verändere.

Die Konzernspitze setzte sich mit ihrem Vorhaben durch, eine halbe Milliarde Euro auf Kosten der Beschäftigten einzusparen. Die Ausweitung der Leiharbeit, die Schlechterstellung der Dienstleistungsbereiche und von Neueingestellten spaltet die Belegschaften. Dadurch werden zukünftige Auseinandersetzungen erschwert. Für die Beschäftigten anderer Betriebe ist die Einigung beim Stuttgarter Autobauer ein verheerendes Signal. DaimlerChrysler war nicht »die Spitze der Arbeitnehmer«, wie der Untertürkheimer Betriebsratsvorsitzende Helmut Lense kürzlich noch behauptete. Der Konzern steht nun für ein noch schwerer wiegendes Glied in der Kette kampflöser Niederlagen als es Siemens schon war. Wenn es bei der gewerkschaftlich bestorganisierten und kampferfahrensten Belegschaft funktioniert, dann

wirkt eine solche Erpressung überall. Das Beispiel macht schon jetzt Schule: In einer Vielzahl von Betrieben wollen Vorstände Kostensenkungsprogramme, drohen Produktionslinien zu verlagern, und pressen den Belegschaften damit weitgehende Zugeständnisse ab.

Kampfbereitschaft nicht ausgeschöpft

Die Wut der Beschäftigten, von denen Mitte Juli 60.000 im ganzen Konzern, von Sindelfingen bis Bremen (Montage), von Untertürkheim bis Hamburg (Komponentenwerke) die Arbeit für Stunden niederlegten, war groß, fast vergleichbar mit dem Kampf um den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. 1996 konnten Regierung und Unternehmer mit spontanen Massenstreiks in der Automobilindustrie, besonders in den Daimler-Werken, zum Rückzug gezwungen werden. Diesmal wurde die Empörung nicht genügend genutzt. Kollegen nahmen aber auch nicht wie 1996 die Sache in ihre eigenen Hände, als Gewerkschaft und Betriebsrat nur Zuschauer waren. Die Mettinger waren die Ausnahme. Anders als die Gewerkschaft hatte der Unternehmensvorstand aus 1996 gelernt: Beim nächsten Mal sprechen wir zunächst mit dem Betriebsrat! Durch die Entscheidung von Opel, nicht in Rüsselsheim, sondern in Polen zu produzieren und die durchgesetzte Kostensenkung bei von 30 Prozent bei Siemens sah sich der Gesamtbetriebsrat veranlasst, gegenüber den Sparprogrammen des Vorstandes den Verzicht der Beschäftigten auf 180 Millionen EUR vorzuschlagen, um eine Investitionszusage und eine Beschäftigungssicherung zu erreichen. Der Konter des Vorstandes, 500 Millionen zu fordern, veranlasste die Betriebsräte zum Protest aufzurufen.

Die Beschäftigten und ihre Interessenvertreter haben dem wachsenden Druck noch wenig entgegenzusetzen. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes macht auf Dauer müde. Von der Öffentlichkeit ist keine Unterstützung zu erwarten. Im Gegenteil, mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen übt die Regierung Druck auf die Beschäftigten aus. Von den Unternehmerverbänden, ihren ideologischen Hilfstruppen und den von ihnen beherrschten Medien geht ein propagandistisches Trommelfeuer aus: Deutschland kranke an zu hohen Lohnkosten und zu kurzen Arbeitszeiten. Und diese Vorstellung hat sich mittlerweile in den Köpfen vieler Men-

schen festgesetzt. Die Drohung Produktion abzuziehen oder ins Ausland zu verlagern zeigt dann Wirkung.

In dieser Atmosphäre haben Manager leichtes Spiel, zumal sie ihre Zumutungen breit anlegen, mit harmlos erscheinenden Verkleidungen tarnen: Lohnkürzungen kommen im Gewand der 40-Stunden-Woche daher, die wiederum in der Verkleidung Flexibilisierung. Wenn dies im eigenen Unternehmen erst umgesetzt ist, kann man sich sogar, wie jetzt Schrempp, großzügig geben und erklären, Deutschland brauche keine grundsätzliche Verlängerung der Arbeitszeit.

IG Metall: Verharren im Standortdenken und Vertragsverhandlungen

Für IGM-Vizechef Huber war die 500-Millionen-Forderung an die Belegschaft unannehmbar. IGM-Bezirksleiter Hofmann versicherte der Belegschaft: »Wir werden keinen Dambruch zulassen«. Gesamtmetallpräsident Kannegeiser machte dagegen in der Öffentlichkeit ganz einfach deutlich: »Der Wunsch von DaimlerChrysler, durch Abschaffung von Privilegien, die es nirgendwo sonst gibt, die Produktion seiner Modelllinien am Standort Stuttgart wettbewerbsfähiger zu machen, ist ein typischer Anwendungsfall unseres neuen Tarifvertrages.« Kritische Gewerkschafter hatten im Februar sofort auf den wunden Punkt der Öffnungsklausel hingewiesen, während Funktionäre wie der Bremer Ortsbevollmächtigte Dieter Reinken abwiegelten: »Das ist alles nur Tariflyrik.« Nach Vertragsabschluss lobte IGM-Vize Berthold Huber: »Der Kompromiss macht deutlich, welche Flexibilität die Tarifverträge der Metallindustrie bieten«. Was sind durchlöchernde Tarifverträge wert, die wenig später weiter durchlöchert werden können, sollten sich die Beschäftigten fragen.

»Es herrscht Klassenkampf in Deutschland: Kapital gegen Arbeit«, erkannte die bürgerliche Tageszeitung »Die Welt«. Doch die Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen verstehen sich immer noch als Co-Manager. So hat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Erich Klemm »letztendlich den hohen Preis von annähernd 500 Millionen Euro akzeptiert«. Peters' Kommentar: »In einer Zeit, in der einige den Kündigungsschutz abschaffen wollen, um angeblich Arbeitsplätze zu schaffen, ist der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für acht Jahre ein wichtiges Signal«. Dabei dürfe man aber nicht verkennen, dass die Beschäftigten dafür schmerzliche Opfer gebracht hätten. »Die Belegschaften werden jedoch sehr wohl abwägen zwischen den Opfern, die ihnen abverlangt werden und der Sicherheit, die jetzt da ist«, sagte Peters. Kennt Peters die Gesetze des Kapitalismus nicht? Sein Kommentar ist Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts der Unternehmerangriffe. Den Standort Deutschland hatten sie im Auge, nicht die Kollegen in Brasilien und Südafrika. Haben sie auch nicht bedacht, dass die kapitalistische Konkurrenz sofort nachzieht? Wo ist dann das Ende der Abwärtsspirale?

Uwe Meinhard von der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart hatte am Aktionstag Angst und Wut als hochexplosives Gemisch in der Belegschaft gesehen. Angst um den Arbeitsplatz, Wut auf die kompromisslose Haltung der Unternehmensleitung. Doch wer befangen im Denken als Co-Manager ist, kann sich die Sicherung der Arbeitsplätze letztlich nur durch die Profitsicherung des Unternehmens vorstellen. Er kann diese Angst und Wut nicht zu einer Kampfkraft formen: Die einzige Stärke der Lohnabhängigen, ihr solidarischer

Kampf, wird dann gebraucht, um eine Verhandlungsposition zu haben und schließlich durch Spaltungen geschwächt. Dabei musste bei diesen Abschlüssen nicht einmal eine Tarifkommission zustimmen. (Bemerkenswert: GBR-Chef Klemm bot direkt nach dem Tarifabschluss im März dem Unternehmen an, für den ganzen Bereich Forschung und Entwicklung die 40-Stundenwoche einzuführen, damit das Unternehmen konkurrenzfähig sei. Der Protestaufschrei in der Stuttgarter IG Metall und ein bitterböser Protestbrief des VK-Leiters bei Forschung und Entwicklung verhinderten vorläufig die Umsetzung.)

Gewerkschafts- und Betriebsratsführungen sichern mit ihrem Handeln ihre eigene Existenz als Verhandlungspartner des Kapitals. Unter diesen Voraussetzungen ist es notwendig, dass sich die Beschäftigten Klarheit verschaffen, mit wem und mit was sie es bei dem Unternehmen und dessen Vorstand zu tun haben. Die Gewerkschaftsführung und so viele Betriebsräte hängen an der »sozialpartnerschaftlichen Tradition« (Jörg Hofmann, IGM Stuttgart). Sie sind in dieser Haltung unfähig, ihren Mitgliedern die Klassenverhältnisse offen zu legen und eine Strategie zur Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen zu entwickeln. Dagegen fangen Vertrauensleute in verschiedenen Betrieben an darüber nachzudenken, wie die isolierten Kämpfe überwunden werden können, wie die ganze IG Metall gegen die Unternehmer antreten kann. Denn überall laufen inzwischen die gleichen Erpressungen.

Die Verhältnisse im Kapitalismus verändern sich

Die jüngsten betrieblichen Konflikte bei Siemens und DaimlerChrysler zeigen die Veränderungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland. In den akut betroffenen Schlüsselsektoren der deutschen Exportwirtschaft zahlte man bis heute noch überdurchschnittliche Effektivlöhne. Hohe Arbeitskosten wurden dort als Voraussetzung hoher Produktivität seit der Nachkriegskonjunktur lange Zeit zugestanden. Mit Sozialpartnerschaft sollte die westdeutsche Arbeiterklasse gegenüber dem Realsozialismus immunisiert werden. Der Ostblock hat im Wettkampf der Systeme nicht mithalten können. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks verändern sich die Verhältnisse in Deutschland wie auch im Weltkapitalismus. In Deutschland ist unter den neuen Voraussetzungen eine solche Immunisierung nicht mehr notwendig.

Die großen Konzerne führen einen Kampf um die Weltmarktbeherrschung. Firmenaufkäufe, Fremdübernahmen stehen an der Tagesordnung. Dafür brauchen sie eine Kriegskasse und den Rückhalt der Banken.

Die Vorstände deutscher Großkonzerne agieren heute unter grundlegend veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen. Diese neuen Strukturen sind aber nicht vom Himmel gefallen. Sie wurden tatkräftig politisch mitgestaltet. Der Beginn der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, die steuerlichen Eingriffe zugunsten der Unternehmer in den neunziger Jahre haben zur grundlegenden Umwandlung des sozialpartnerschaftlichen sogenannten Rheinischen Kapitalismus beigetragen.

Neu ist nicht, dass die deutsche Industrie nach Gewinnmaximierung strebt. Umsatz- und Eigenkapitalrenditen der Konzerne werden nun aber von den Kapitalanlegern und Vermögensbesitzern international verglichen, um dort einzusteigen, wo besonders hohe Gewinne erwartet werden. Die

Unternehmensvorstand, Betriebsrat und IG Metall vereinbaren folgende Punkte:

- Die für die Umsetzung von ERA vorgesehene praktische Erhöhung um 2,79 Prozent soll nach der neuen Vereinbarung im Jahr 2006 lediglich als Einmalzahlung erfolgen, wodurch sich die Grundlöhne entsprechend verringern. Mit Einführung von ERA ab 2007 soll das Verteilungsvolumen dann auf 1,5 Prozent »gedeckelt«, d.h. gekürzt, werden. Für alle DaimlerChrysler-Beschäftigten in Deutschland sind die Entgelte einheitlich aufgebaut.
- Die so genannte Steinkühler-Pause²⁾ von fünf Minuten pro Stunde bleibt für Baden-Württemberg erhalten, sie wird aber knapp zur Hälfte auf Weiterbildungszeiten angerechnet. Die höheren Schichtzuschläge bleiben vollständig bestehen. In Teilen des Tarifgebiets Baden-Württemberg gibt es weiter einen Nachtschichtzuschlag von 30 Prozent gegenüber 15 Prozent in Bremen.
- Im Bereich Forschung und Entwicklung können ab sofort alle 20 000 Beschäftigten 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Die bisherige Grenze von 18 Prozent der Mitarbeiter wurde auch so schon überschritten. Für die Mehrarbeit sind keine Zuschläge mehr fällig.
- Für die vielen tausend Beschäftigten der Dienstleistungsbereiche wie Kantinen, Werkschutz und Druckereien wird die Arbeitszeit bis zum 1. Juli 2007 stufenweise auf 39

Wochenstunden verlängert. Ab dem 54. Lebensjahr kann dann wieder weniger (bis 34,5 Std.) gearbeitet werden. Per Ergänzungstarifvertrag wird die Entgeltlinie in den Dienstleistungsbereichen um etwa 3 Prozent abgesenkt. Statt dessen sollen bereits ausgelagerte Dienstleistungsfunktionen wieder eingegliedert werden. (Jeder Betrieb hat formal die Möglichkeit den Dienstleistungstarifvertrag nicht anzuwenden.)

- Noch härter trifft es die Neueingestellten: Sie erhalten bei einer 39-Stunden-Woche 8 Prozent weniger Lohn als im jetzigen Tarif. Ein weiterer Bestandteil der getroffenen Vereinbarung beinhaltet die Einrichtung einer betriebsinternen Personalagentur (»DC Move«), über die ausgelernete Azubis, Neueingestellte sowie befristet Beschäftigte für bis zu drei Jahre in alle Werke der Republik versetzt werden können. Danach haben sie Anspruch auf einen Arbeitsplatz in ihrem »Heimatwerk«.
- Die vereinbarte Ausweitung der Leiharbeit auf bis zu 1,5 Prozent der Gesamtbelegschaft – in einem Werk kann der Anteil bis zu 8 Prozent betragen.
- Nach den Worten von Daimler-Chrysler-Chef Jürgen Schrempp wird die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder um zehn Prozent pro Jahr gesenkt. Bei den 3000 leitenden Managern wird das Gehalt um 2,79 Prozent gekürzt.
- An den deutschen Standorten wird investiert.

institutionellen Anleger (Versicherungsfonds, Rentenfonds) drücken auf diese Weise der Ausbeutung im Betrieb ihren Stempel auf. Der US-Wirtschaftsraum setzt in der Regel die Zielmarke. Wer sich auch zukünftig über die internationalen Finanzmärkte Kapital besorgen, Kredite aufnehmen möchte, der muss zumindest in die Nähe dieser Zielmarke gelangen. In den USA haben die Gewinnmargen den höchsten Stand seit 35 Jahren erreicht.

Die Unternehmenspolitik zielt also heute darauf hin, in allen Unternehmensbereichen auf Wertsteigerung zu setzen. Folglich werden die einzelnen Geschäftsbereiche der Unternehmen verstärkt auf ihre Rentabilität hin überprüft. Geschäftsfelder mit unterdurchschnittlichen Gewinnen werden abgestoßen oder mit rücksichtslosen Kostensenkungsprogrammen (höhere Ausbeutung der Beschäftigten) wieder profitabel gemacht. In der Automobilzuliefererindustrie weiß man, was dies bedeutet: Die Automobilkonzerne fordern von ihnen inzwischen generell Preisnachlässe von 15 bis 20 Prozent. Diese Zitrone ist bald ausgequetscht. Jetzt gerät auch die Facharbeiter in der Automobilindustrie und im Maschinenbau unter die Räder. So erhoffen sich die Unternehmer Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten.

1) Zum 1. Januar 2000 traten in Frankreich die »Lois Aubry« in Kraft, genannt nach der sozialistischen Arbeitsministerin Martine Aubry im Kabinett von Premier Lionel Jospin. Im Mittelpunkt dieses Gesetzespakets stand die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden.

2) **Humanisierung der Arbeit** – unter diesem Motto wurde 1973 in Nordwürttemberg-Nordbaden die Steinkühler-Pause eingeführt. Der damalige Bezirksleiter und spätere Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, setzte sie mit einem Streik durch. Bei der zweiten Urabstimmung sagte Steinkühler damals: »Wir haben begonnen, das Fließband in den Griff zu bekommen.« Die Steinkühler-Pause gilt seitdem in der württembergischen Metall- und Elektroindustrie.

Doch die europäische Konkurrenz schläft nicht: Zuerst der Siemens-Coup, jetzt Daimler-Chrysler: Kostenentlastungsprogramme sofort, Jobgarantien in der Zukunft, Mehrarbeit ohne Lohnausgleich – paradiesische Perspektiven, die man sich auch im eigenen Land wünscht. Deshalb geht von den nahezu mühelosen Siegen der deutschen Manager über die erschlafften Gewerkschaften eine beachtliche Signalwirkung aus, die in Länder wie in Frankreich, wo soziale Konflikte härter als diesseits des Rheins ausgetragen werden, das Klima verschärfen wird.

Auch dort halten die Gewerkschaften die schlechteren Karten in den Händen. Das Beispiel von Bosch, wo die Firmenleitung mit der Drohung, sonst den Betrieb zu schließen, eine Arbeitszeitverlängerung ohne jeden Lohnausgleich verordnet hat, löste noch öffentliche Proteste aus. Seit in Deutschland Siemens und Mercedes milliardenschwere Kostensenkungsprogramme auf dem Rücken ihrer Beschäftigten durchsetzen konnten, ist auf dem anderen Rheinufer kein Halten mehr. Ende Juli verkündete der größte Geflügelproduzent Europas, die Doux-Gruppe, einen »Restrukturierungsplan« für seine 13.000 Beschäftigten in 52 Betrieben. Im Mittelpunkt steht der verordnete Verzicht auf 23 freie, aber bezahlte Arbeitstage pro Jahr, die mal zum Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit von 39 auf 35 Stunden seit dem Inkrafttreten der »Lois Aubry«¹⁾ 1999 gewährt wurden. Der Elektrokonzern SEB, weltweit führend bei kleinen Haushaltsgeräten, will, laut »Libération«, die Arbeitszeit um drei Stunden anheben.

Die chronische Konsumschwäche wird sich verschärfen und innerhalb des Euroraums wird der Arbeitskostensenkungswettlauf beschleunigt. Im Kapitalismus wird eben nur innerhalb eines Konzerns nach Plan gearbeitet und nicht gesamtgesellschaftlich, da herrscht Chaos. 11.09.04 ■

Im Vorfeld eines neuen Unternehmerangriffs

Aus heiterem Himmel kam das Sparpaket des DaimlerChrysler Vorstandes nicht. Schon im April dieses Jahres war dem Betriebsrat bekannt, dass es durch den Fortschritt der Produktivität eine Beschäftigungslücke von ca. 1.500 Arbeitsplätzen in den Jahren 2005/2006 geben würde. Der Ortsbevollmächtigte Reinken empfahl zu der Zeit den Abschluss eines Beschäftigungssicherungsvertrages. Um Ausgliederungen entgegen zu wirken, wurde bereits seit Oktober 2003 zwischen Vorstand und GBR mit IG-Metall-Begleitung über einen Ergänzungstarifvertrag für die Dienstleistungsbeschäftigten verhandelt. Und über die Auswirkung von 40 Prozent Arbeitslosigkeit auf die Menschen berichteten vier südafrikanische Gewerkschaftskollegen aus dem Werk East London im Mai auf der Vertrauensleutevollversammlung.

Die Giftliste

Mitte Juni informierte dann der Betriebsrat die Vertrauensleute in Bereichsversammlungen über die Politik, die der Vorstand mit dem Nachfolgemodell der C-Klasse gegenüber der Belegschaft betreibt:

Um alle Modelle der C-Klasse zu bauen, müssten – trotz erreichter und geplanter Rationalisierungseffekte – die Produktionskosten pro Auto um 500 EUR gesenkt werden, sonst könnten zwei Varianten nicht gebaut werden. Das würde heißen: nicht nur 1500 statt 2000 Autos pro Tag würden ab 2007 von der neuen C-Klasse gebaut und verkauft werden können. In der Folge wären 3 500 Beschäftigte im Bremer Betrieb überflüssig. Die Drohung, zwei Varianten nicht zu bauen traf zwar in erster Linie Sindelfingen. Doch durch die bisherige Praxis, Produktion zwischen Sindelfingen und Bremen ja nach Bedarf zu verschieben, war auch das Bremer Werk betroffen.

Die Sindelfinger und Bremer Werkleitungen legten den Betriebsräten 14 »Vorschläge« vor, mit denen die Personalkosten in Sindelfingen und Bremen gesenkt werden sollten:

1. Die Ergebnisbeteiligung wird an den persönlichen Krankenstand gekoppelt
2. Einführung eines Ergänzungstarifvertrages Dienstleistung
3. Senkung der Einstellungslohne
4. Eine firmeneigene Verleihfirma »DC Move« organisiert Drehscheibenjobs
5. Überstundenzuschläge erst ab der 41. Stunde
6. Übernahme der Azubis nur nach Bedarf
7. Unbezahlte Erhöhung der Wochenarbeitszeit um x Stunden
8. Anrechnungen von künftigen Tarifierhöhungen
9. Wegfall der Sonntagszuschläge für die Dauernachtschicht in Bremen
10. Angleichung für Spät- und Nachtzuschläge für Sindelfingen wie in Bremen
11. Halbierung der Ruhezeiten in Bremen, dann Angleichung der Sindelfinger an Bremen
12. Einführung der Halbierung auch in Sindelfingen
13. Bezahlte Kommunikationszeiten (Dialog, Gruppengespräch) künftig unbezahlt
14. Eigenanteil an der Qualifizierung



Da 90 Prozent der Unternehmerforderungen den Tarifvertrag betrafen, waren die Betriebsräte in Sindelfingen und Bremen nicht bereit, den Tarifvertrag über die IG Metall zu kündigen. Sie forderten, den Gewinn pro Fahrzeug auszuweisen, wiesen auf die Verluste durch Toll Kollekt hin, für die die Beschäftigten nicht verantwortlich sind, forderten den Verzicht Daimlers auf den Rennsport (Formel 1) und die Aufgabe des Sponsorings der Fußballnationalmannschaft.

Betriebsversammlung im Juni

Nach der Ablehnung der »Einsparungsvorschläge« des Vorstandes bot der Gesamtbetriebsrat Einsparungen von 180 Millionen EUR (2,79 Prozent ERA-Strukturkomponente) an, um für die Standorte Sindelfingen, Bremen, Untertürkheim, Mannheim und Wörth Investitionszusagen und Arbeitsplatzsicherung und eine einheitliche Entgeltlinie für alle inländischen Werke zu bekommen.

In Bremen hielt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Erich Klemm, auf einer vorgezogenen Betriebsversammlung am 29.06.04 seine »kämpferische« Rede, in der er akzeptierte, »dass wir uns jedenfalls im Moment in einer Situation befinden, in der die Kosten, die dem Unternehmen entstehen, schneller wachsen als die Preise, die netto auf den Märkten erzielt werden können.« Er malte die Übermacht des Unternehmers an die Wand: »Es besteht jetzt die reelle Gefahr, dass es am Schluss darum geht, Recht zu haben und dass man uns beweisen will, dass dieses Auto möglicherweise doch nicht hier gebaut werden kann.« ... und erläuterte das Angebot des Gesamtbetriebsrates: »...Wir bieten dem Unternehmen an, wenn klar ist, wir kriegen die Investitionen, wenn klar ist, wir können auch in Zukunft Azubis übernehmen, wenn klar ist, Arbeitsplätze sind sicher und wenn klar ist, dass unser Geld in Summe auf dem heutigen Niveau, und zwar tariffähig stehen bleibt, auch nach der ERA-Umsetzung, dann sind wir bereit, dieses Volumen der zusätzlichen Erhöhung, diese 2,79 Prozent sozusagen zur Disposition zu stellen und in die Verhandlungen einzubringen...« ... »...der Vorstandsvorsitzende ist jetzt gefragt, Zeichen zu setzen und eine klare Botschaft zu senden, ob die Zeichen auf Sturm

stehen oder ob wir einen Kompromiss miteinander suchen. Wir sind bereit dazu, aber wir können auch anders. Eines ist klar, wenn wir uns nicht einigen ...wir in ein planerisches Loch in der DaimlerChrysler AG in Deutschland von mehr als 10000 Arbeitsplätzen hineinlaufen, das dann in den Jahren 2007, 2008, 2009 entstehen würde, dann ist völlig klar, das werden wir nicht still und demütig ertragen, sondern dann knallt es und dann werden wir uns wehren...« Da passe »kein Blatt Papier« zwischen die beiden Betriebsratsgremien und die Belegschaften.

Viele Kollegen gingen mit Diskussionsbeiträgen in die Bütt. Alle wandten sich gegen die Erpressung durch den Vorstand: »Die Vorstandspolitik brachte die Verluste bei Mitsubishi und Toll Kollekt und wir sollen dafür bezahlen.... Die Manager bereichern sich noch dabei. Sie trinken Wein und predigen für uns Wasser...« ... »Es geht ihnen um die zu erwartenden zusätzlichen Milliarden Euro Profit, die durch Streichungen und Arbeitszeitverlängerungen in die Konzernkasse fließen kann. Jeder Kapitalist muss jetzt gleichziehen. Kapitalismus ist nicht human!«... "«Kein eigenes Sparangebot an den Vorstand!«.... Klemm argumentierte dagegen: Das Risiko können wir nicht eingehen. Wir müssen die Beschäftigung im Betrieb sichern. Wir können nicht verantworten, dass 10.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir müssen die Beschäftigungssicherung für alle erreichen.

Klemm konnte sich darauf verlassen, dass seine Worte bei der Mehrheit der Belegschaft ankamen: Der Bremer Betriebsrat hatte schon einiges dafür getan, dass die Kollegen im Betrieb Arbeit haben: Er hatte z. B. das Umsetzen von Kollegen aus Abteilungen, die wenig Arbeit hatten, in Abteilungen mit Arbeitskräftebedarf organisiert. Der Betriebsrat hatte es auch schon geschafft, Produktion von Sindelfingen und von Karmann nach Bremen zu verlagern, um in Bremen Entlassungen zu verhindern. Warum sollte der BR nicht auch in dieser Sache das Richtige tun?

Das Sparangebot des Gesamtbetriebsrates beantwortete der Vorstand mit der Forderung nach einer Einsparung von 500 Millionen EUR pro Jahr in den deutschen Betrieben. Aus Protest gegen die harte Haltung des Vorstandes rief daraufhin der Gesamtbetriebsrat für den 15. Juli alle Beschäftigten an den Produktionsstandorten in Deutschland zu

»sichtbaren Aktionen« auf.

In Bremen war die Entschlossenheit, diese Unternehmerangriffe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzuwehren, groß. Die Kolleginnen und Kollegen von Halle 9 im Bremer Werk hatten zunächst noch Informationsbedarf, dieser wurde dann auch am 9.07.04 in der Frühschicht durch die Bereichsbetriebsräte gestillt. So standen in zwei Bereichen der Halle 9 für ca. 45 Minuten die Bänder. Auch am Montag den 12.07.04 wurden in einigen Hallen zu unterschiedlichen Zeiten wieder von den Bereichsbetriebsräten Informationen zum Verhandlungsstand eingefordert.

Deutsche Tageszeitungen, stellten sich mit ihrer Propaganda in den Dienst des Unternehmers, um die Belegschaften zu spalten (»Bild«: Bremer Arbeiter freuen sich, kriegen mehr Arbeit, »Weser Kurier«: längere Pausen der Sindelfinger; geringere Schichtzuschläge, weniger Feiertage der Bremer). Vom Vorstand gab es jedoch keine Äußerung, in der Produktion der neuen Modelle die Bremer zu bevorzugen.

Als Klemm auf der Protestkundgebung der Sindelfinger am 15.07.04 kund tat, dass in Bremen zur gleichen Zeit eine



Protestversammlung stattfand und die Arbeit niedergelegt wurde, brach Jubel aus. Hatten sich doch die Sindelfinger Kollegen gefragt: Was werden die Bremer tun? Verfängt bei ihnen die Propaganda mit der Pinkelpause und den höheren Schichtzuschlägen?

Die Propaganda des Unternehmens und der ihm wohlwollenden Presse zeigte bei einer Reihe von Kollegen durchaus Wirkung: »Wir kämpfen doch nicht für Sindelfingen, die uns immer als die besseren vorgehalten worden sind.« Doch den entscheidenden Teil der Belegschaft focht das nicht an. Denn die Bremer Kollegen hatten ihre eigenen Gründe zum Protest gegen den Vorstand:

Angst um den Arbeitsplatz bestimmt auch hier das Denken vieler Kollegen. Und die vom Vorstand geforderte Arbeitszeitverlängerung bedeutet Entlassungen, das weiß jeder im Betrieb: »Wenn wir hier im Betrieb nur eine Stunde länger arbeiten würden, wären 280 Beschäftigte überflüssig«, wissen die Vertrauensleute. Bei Riesengewinnen das Sparangebot des Gesamtbetriebsrates einfach wegzuwischen, war schon ein starkes Stück, und der Gehaltsverzicht des Vorstandes ist ein Witz.

In einem der wöchentlichen Dialoggesprächen mit dem mittleren Management (in denen ihnen regelmäßig die Unternehmerphilosophie eingetrichtert wird) wurde den Beschäftigten im Bremer Mercedeswerk gesagt: Wozu der Aufruhr? Ihr könnt doch nur die Gewinner sein, wenn die C-Klasse nach Bremen kommt. Die »billigeren« Bremer gegen die Sindelfinger auszuspielen und gegen die Bremer das noch billigere East London (Südafrika) in der Rückhand zu haben, das haben die Bremer nicht hingenommen, dieses Gegeneinander-Ausspielen erlebten sie nicht zum erstenmal.

Protestaktion am 15.07.04:

Wie an den anderen 10 Standorten standen in Bremen die Bänder für Stunden still. Während die Mettinger Kollegen (nach Abstimmung) die für sie bereit gestellten Busse stehen ließen, mit einen Fußmarsch auf der B 10 zum Werk Untertürkheim zogen und den Verkehr auf der Bundesstraße durch eingelegte »Steinkühlerpausen« lahm legten, gingen die Protestzüge in Bremen auf dem Werksgelände zum Verwaltungsgebäude. Auch die Meister nahmen teil. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Werner zählte die Forderungen des Vorstandes in den jüngsten Verhandlungsrunden auf: »Es schlägt dem Fass den Boden aus«, der Vorstand will nicht nur Schichtzuschläge und Pausen streichen, sondern auch



Urlaubs- und Weihnachtsgeld; bei der Umsetzung des Entgelttarifvertrages will der Vorstand ganze Bereiche neu eingruppieren; Facharbeiteraufgaben würden zu Anlernertätigkeiten umdefiniert mit der Folge, dass ein Montagearbeiter künftig bis zu 700 EUR weniger in der Tasche hätte. Die Arbeitnehmervertreter seien ja durchaus bereit, »zur Wirtschaftlichkeit beizutragen, aber das darf nicht ins Unermessliche gehen.« ... Auf 180 Millionen EUR an Lohnzuwächsen zu verzichten, bieten die Beschäftigten an. »Doch das ist der Unternehmensleitung nicht genug, sie kann offenbar den Hals nicht voll kriegen.«

Aus der Belegschaft waren Stimmen zu hören, die Bereitschaft zum Widerstand ausdrückten: »Man hat in der Vergangenheit schon öfter versucht, die Standorte gegeneinander auszuspielen, aber so massiv, wie jetzt vorgegangen wird, das habe ich in über 20 Jahren, die ich hier beschäftigt bin, noch nie erlebt.« »Heute werden die Sindelfinger gegen uns ausgespielt und morgen wir gegen externe Anbieter wie Karman oder Werke im Ausland.« »Wenn wir uns jetzt für den Erhalt der Arbeitsplätze in Stuttgart einsetzen, dann kämpfen wir auch für unsere eigenen. Das ist doch eine Abwärtsspirale, die sich hier dreht, und dem müssen wir massiv entgegen wirken.«

Solidaritätsadressen aus vielen Metallbetrieben in Deutschland wurden verlesen, besonderen Beifall erhielt die Adresse der Kollegen aus Brasilien, die für die Verabschiedung der Solidaritätsadresse zirka eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt hatten.

Werksleiter Genes setzte auf Spaltung: »Wir können stolz auf das sein, was wir bis heute erreicht haben. Die Bremer sind inzwischen die Messlatte für Sindelfingen.«

Reaktionen auf das Ergebnis

Nachdem in der Nacht zum 23.07.04 das Ergebnis ausgehandelt worden war, wurde in Bremen die am 15.07.04 unterbrochene Betriebsversammlung am 23.07.04 fortgesetzt. Betriebsratsvorsitzender Udo Richter informierte die Belegschaft über die Ergebnisse. Während in Untertürkheim, wo die Mettinger Kollegen über die B 10 marschiert waren – der Betriebsrat minutenlang Probleme hatte, gegen Protestrufe und Pfiffe anzukommen, gab es in Bremen Skepsis und verhaltene Reaktionen.

Ein Teil der Kollegen brachte zum Ausdruck, dass doch wenigstens die Arbeitsplätze längere Zeit gesichert sind, die 35-Std.-Woche überwiegend erhalten geblieben ist und nicht alle Horrorpunkte der Giftliste Wirklichkeit geworden sind. Andere Kollegen hingegen äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass sich der Vorstand mit seiner Erpressung hat durchsetzen können und Teile der Belegschaft Extraopfer bringen mussten; sie trauen nicht der Zusage der Arbeitsplatzsicherung: Im Jahre 2006 stehen schließlich aufgrund neuer Technik die Arbeitsplätze von vielen tausend Kollegen zur Disposition.

Auch der Sondertarifvertrag für die »Dienstleister wurde in ersten Reaktionen unterschiedlich aufgenommen: Die Fremdvergabe ist aufgehoben, die Arbeitszeit wird verlängert, ihr Entgelt gesenkt, ist jedoch immer noch höher als bei den Billigfirmen. Ohnmächtig äußerten denn auch Kollegen des Werkschutzes und Kolleginnen der Kantine hilflos: Wenigstens nicht der Abstieg in einen Billigladen.

Bei aller Enttäuschung darüber, dass nicht mehr erreicht wurde: Eine wichtige Erfahrung besonders für alle neuen Kollegen im Betrieb ist das erstmalige gemeinsame Handeln verschiedener Standorte seit 1996, als die Karenztage abgewehrt wurden. Die Belegschaften haben einheitlich gehandelt, entgegen der Spaltungspolitik des Vorstandes und der Werksleitungen. Und das ist etwas, was sich die Kollegen nicht nehmen lassen.

Problemstellung für die Kollegen:

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Uwe Werner sprach der von der Notwendigkeit einer Einigung mit dem Vorstand, da schließlich 10.000 Leute zur Disposition ständen; eine Situation, aus der man nicht rauskomme, ohne Federn zu lassen. Heißt das nun: Die Kollegen müssen sich künftig bei jeder Forderung des Unternehmensvorstandes in ihr Schicksal ergeben und erpressen lassen?

Wie lange kann der Lohn der Stammbeslegschaft gehalten werden, wenn neue Kollegen zu (10 Prozent) niedrigeren Löhnen eingestellt werden, wenn die Zahl der Leiharbeiter ausgeweitet wird? Werden wir nicht auch durch die »Wanderarbeiter« von DC-Move weiter nach unten gedrückt? Wenn der Lohn für die Dienstleister und die neuen jetzt gesenkt wird, welche Gruppe von Beschäftigten ist dann als nächste dran? Wie ist es zu vertreten, dass z.B. die Frauen in der Kantine ein Sonderopfer bringen? Wir haben ihre Lohnsenkung hingenommen, werden

Es tut uns wirklich leid, dass Sie jetzt 40 Stundenarbeiten müssen. Aber sehen Sie, wir hatten die Wahl zwischen riesigen Profiten und noch riesigeren Profiten....





Hier entstehen Kraft und Ansehen der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Metall-Gewerkschafter können stolz auf ihre Mettinger Kollegen sein und wir sollten sie energisch gegen jegliche Angriffe verteidigen.



dann nicht andere unsere künftigen Lohnsenkungen hinnehmen?

Erich Klemm beschwor die Solidarität aller Belegschaften der deutschen Produktionsstandorte und hob hervor, dass die einzelnen Belegschaften nicht gegeneinander ausgespielt werden konnten, das einheitliche Entgelt für den ganzen Konzern der Konkurrenz untereinander entgegenwirke. Mit den Abschlüssen für die Dienstleister, die neuen Kollegen, die jungen Kollegen in DC-Move und die Ausweitung der Leiharbeit ist jedoch von ihm eine neue Spaltung der Belegschaften vereinbart worden.

Wie ist das mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes im Kapitalismus? Wenn der Vorstand jetzt schon die Senkung von Leistungen in gültigen Tarifverträge durchsetzt, warum soll er sich dann an die Vereinbarung bis zum 31.12.11 halten? Kennen IGM- und GBR-Führung nicht die Gesetze des Kapitalismus, denen auch der Vorstand von DaimlerChrysler unterliegt? Im kapitalistischen Konkurrenzkampf der Unternehmen gibt es keine Humanität.

Die 2. Bevollmächtigte der IG Metall in Bremen, Inge Lies-Bohlmann, kritisierte: »Das ist kein Ergebnis von fairen Verhandlungen, sondern Erpressung. Hier wurde ein Standort gegen den anderen ausgespielt.« Und Uwe Werner bezeichnete den Versuch des DaimlerChrysler-Vorstands, die deutschen Standorte gegeneinander auszuspielen als »unredlichen Vorgang«. Wie wollen sich Betriebsrat und IG Metall künftig gegen die unredlichen Vorgänge und Erpressungen durch den Unternehmer in Zukunft wehren?

Die Kollegen sehen die Unternehmerangriffe durchaus nicht isoliert von den Belastungen, die ihnen von der Regierung durch die Veränderungen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung auferlegt werden. Kollegen des Bremer Mercedeswerkes waren an den zentralen Protesten gegen den Sozialabbau beteiligt.

Unter Vertrauensleuten wurde schon diskutiert:

Ist wirklich nicht mehr Kampfkraft in der Belegschaft gewesen? Waren die Kollegen zu mehr bereit? Musste der GBR zu dem Zeitpunkt wirklich schon abschließen?

Wie kann die Gemeinsamkeit zwischen den Kollegen der verschiedenen Produktionsstandorten die sich in den Protestaktionen gezeigt hat, gepflegt, erhalten werden?

DC war nur die Speerspitze des Unternehmerlagers für den Lohnabbau. Jetzt ziehen andere nach. Wäre da nicht besser die Auseinandersetzung bei DaimlerChrysler eine Sache

der gesamten IG Metall gewesen? Die Propaganda der Unternehmenseite war doch erdrückend!

Die Kollegen und der Vertrauenskörper müssen besser informiert werden.

In Protestaktionen sind bisher passive Kollegen aktiv geworden. Sie müssen Einfluss nehmen auf die Gewerkschaft: auf ihren Vertrauenskörper, auf ihren Betriebsrat, auf ihre Ortsverwaltung. Wie kann das unterstützt werden?

Vertrauensleutevolllversammlung

Die Vertrauensleute erhielten erst auf ihrer außerordentlichen Sitzung mit der Betriebsratszeitung »Profil« schriftliche Informationen. So blieb die Auseinandersetzung mit dem erreichten Ergebnis bei allgemeingehaltenen Einschätzungen:

- IG Metall und Gesamtbetriebsrat wurden kritisiert,
- Kritik geübt wurde u.a. am Abschluss für die Dienstleister und die Neueinstellungen,
- allgemein wurde gesagt, dass mehr drin gewesen wäre.

Damit ist die Auseinandersetzung um das Ergebnis jedoch nicht vorbei. Vertrauensleute wollen es genau wissen: Wo genau werden nun die 500 Millionen eingespart? Keine Tarifkommission hat zugestimmt, nur der Gesamtbetriebsrat und der Vorstand? Kein Betriebsrat eines Produktionsstandortes hat abgestimmt? Was wird mit ERA? Wie stellen wir uns mit der IG Metall gegen massive Angriffe der Medien und anderer Helfershelfer auf die 35-Std.-Woche? Und wie werden weitere Angriffe des Unternehmers abgewehrt?

Bremen, 12.09.04 ■

Die Sozis fordern außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei »sollte der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit solange Vorrang gebühren, bis Väter und Mütter ohne Überlastung Berufstätigkeit und Familienpflichten miteinander vereinbaren können.« Der Sechs-Stunden-Normalarbeitstag und ein Elternurlaub sei »noch in diesem Jahrhundert möglich« ... schrieb der sozialdemokratische »Vorwärts« am 21. Juni 1986 über den Abschnitt »Arbeitspolitik« im neuen Programm der SPD. Auch darüber ging das Jahrhundert hinweg...



ZUR AUSEINANDERSETZUNG IN DER IG METALL
BADEN-WÜRTTEMBERG

Wer schädigt die Gewerkschaft?

Vor 8 Jahren – im Herbst 1996 – wehrten sich die Belegschaften mehrerer Standorte der Automobilproduktion mit selbstständigen Aktionen gegen die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Gewerkschaft wurde erst durch diesen Kampf aktiv. Heute – im Kampf gegen das 500-Millionen-Sparpaket des Vorstandes von DaimlerChrysler war es von mehreren Standorten des Konzerns nur die DC-Belegschaft in Mettingen, die Eigeninitiative zeigte. 2000 Belegschaftsmitglieder marschierten nach einer Abstimmung vorbei an den von der IG Metall bereitgestellten Bussen von Mettingen aus über die sechsspurige B 10 zur gemeinsamen Protestversammlung in Untertürkheim. Sie war die einzige Belegschaft, die mit einer eigenständigen Aktion die Position der Daimlerbelegschaft gegenüber dem Konzernvorstand stärkte. Dabei hatte der Gesamtbetriebsrat doch zu »sichtbaren Aktionen« am 15.6.04 aufgerufen.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen vermeintlich Verantwortliche wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Eingriff in den Straßenverkehr und Nötigung eingeleitet hatte, ging auch der Bezirk Baden-Württemberg der IG Metall gegen die Mettinger vor. An den Ortsvorstand der IG Metall Esslingen schrieb der Bezirksleiter Hofmann: »Die Bezirksleitung wurde mehrfach auf angebliche Verstöße von Funktionären der IG Metall Esslingen im Werk Mettingen der DC AG gegen die Beschlüsse der gewählten Organe der IG Metall im Betrieb und die zuständigen Ortsvorstände hingewiesen. Dies betrifft die Organisation eines »Protestmarsches« auf der B10 am Daimler-Aktionstag 15. Juli. ... Dies betrifft auch den Aufruf zur Nichtarbeitsaufnahme von Teilen der Spätschicht am selben Tag.« Die in Mettingen Verantwortlichen – als Spalter werden sie bezeichnet – sollen benannt werden, sie hätten »die Solidarität des gemeinsamen Handelns verlassen«. Geprüft werden soll, »ob ihr Verhalten die Ausübung dieser Funktion zulässt«. Angedroht wurde der Entzug des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes bei straf- oder arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen.

In Untertürkheim hatte der Betriebsrat schon bei der Darstellung des Verhandlungsergebnisses minutenlang Probleme gehabt gegen Protestrufe und Pfiffe anzukommen. Viele Mettinger Daimler-Beschäftigte brachten ihre Kritik in einem Flugblatt unmittelbar nach dem Abschluss zum Ausdruck:

»Wer lieber schnell Verzichtangebote macht, statt das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, verspielt eine historische Chance und enttäuscht die kampfbereiten Kollegen«,
»Wer einer Lohnsenkung in den Dienstleistungsbereichen zustimme – wie beim Daimler-Deal geschehen – werde »morgen in der Produktion vor derselben Erpressung kapitulieren«, so die Kritiker. Deshalb sage man »Ja zum Widerstand – nein zu faulen Kompromissen«.

Die Ortsbevollmächtigten der IG Metall Esslingen sehen die öffentlich vorgetragene Kritik als Schwächung »nicht nur die örtlichen Interessenvertretungen, sondern auch die IG Metall«.

Rund 70 Mettinger Funktionäre entgegneten in einem Brief: Anders als ihr behauptet, hat es bei uns im Betrieb kein »demokratisches Ringen um die richtigen Lösungen« gegeben, nicht vor dem Beginn der Verhandlungen, nicht während, nicht danach. Die Verzichtangebote an den Vorstand waren vom GBR bereits gemacht, bevor irgend eine Diskussion im Vertrauenskörper überhaupt begonnen hatte. Von den Mitgliedern gar nicht zu reden. Die einzige Vollversammlung, die es gab, hatte keine Chance mehr Einfluss zu nehmen.« Deshalb habe die Gewerkschaftsspitze auch »keinerlei Berechtigung, auf Vertrauensleuten und Betriebsräten rumzuhacken, die den Abschluss kritisieren«,... »Die IG Metall schwächt, wer von oben nach unten seine Politik durchdrückt und nicht diejenigen, die das kritisieren«, argumentieren die Kollegen und kündigen an, man werde dies »immer wieder tun, wenn es für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht nötig und sinnvoll ist«. Schließlich sei »die Gewerkschaftsbewegung stark geworden gerade mit offener und kontroverser Diskussion und mit kämpferischen Aktionen, wie wir Mettinger sie gemacht haben.«

Die Mettinger blieben nicht alleine. Aus mehreren Betrieben, so auch von einigen Betriebsräten von Mercedes Bremen, kamen Solidaritätsschreiben.

Die Vertrauensleute bei Alcatel SEL AG – Zentralbereiche in Stuttgart schrieben an die Esslinger IG Metall: »Vor nicht allzu langer Zeit wären die meisten Verwaltungsstellen der IG Metall stolz darauf gewesen, solche Belegschaften und betriebliche Funktionäre in ihren Reihen zu haben, die willens und in der Lage sind, einen solch beeindruckenden Beweis gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampfkraft und Gegenmachtentials zu geben«. Es könne nicht sein, dass über die betreffenden Kollegen »wie von Streikbrechern« geredet werde. Die Gewerkschafter bei Alcatel halten solche Formulierungen angesichts der tatsächlichen Aktivitäten ihrer Kollegen aus Mettingen für »absurd«.

Auch die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Bosch in Feuerbach forderte vom Esslinger Ortsvorstand in einem Schreiben, »auf Ermittlungen oder Maßnahmen gegen die Kollegen aus Mettingen zu verzichten und ihnen die volle gewerkschaftliche Solidarität bei straf- oder arbeitsrechtlicher Verfolgung zur Verfügung zu stellen«. Inzwischen hat der zuständige Ortsvorstand beschlossen, Rechtsbestand zu gewähren.

Der IG Metall-Bürokratie sind eigenständige Aktionen suspekt, sie würde bei einer weiteren Entfaltung solcher

Aktivitäten ihre bisherige Rolle und Bedeutung verlieren. Nach Auffassung der Gewerkschaftsbürokratie müssen alle Aktivitäten der Mitglieder unter ihrer Kontrolle laufen, per Knopfdruck einschaltbar und genau so wieder abschaltbar sein.

Wie will die Gewerkschaft die Jugend gewinnen, wenn nicht durch solche Aktionen, die die Kampfkraft stärken, in denen die Kollegen Subjekt sind, selbsttätig handeln?

Bremen, 8.10.04 ■

■ TARIFVERHANDLUNGEN IM BAUHAUPTGEWERBE

Jahresarbeitszeitregelung statt mehr Lohn

Die IG BAU ist in diesem Jahr ohne eine konkrete Lohnforderung in die Tarifverhandlungen gegangen. Angesichts der schwierigen Ausgangslage, die kaum noch Spielräume auf der Tarifebene zulässt, hat sie sich auf die Forderung nach einer Jahresarbeitszeit konzentriert. Anstelle eines Ausgleichs für die gestiegenen Lebenshaltungskosten, tritt der Versuch, die bestehenden Arbeitsplätze am Bau mit Hilfe von Tarifverträgen zu erhalten. »Einen sicheren Job am Bau! Arbeit und Einkommen für das ganze Jahr! Das wollen die Beschäftigten in der Baubranche. Aber ist das am Bau überhaupt noch möglich? Ist die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen zu stoppen? Die IG BAU sagt: Ja! [...] Und so kann's gehen: Beschäftigung sichern durch eine Jahresarbeitszeitregelung, Beschäftigung sichern durch eine Beschäftigungsprämie, Beschäftigung sichern durch bessere, effektivere Kontrollen.«

In der Bauindustrie ist es weit verbreitete Praxis, die Kollegen vor den Wintermonaten zu kündigen. Fast ein Drittel aller Bauarbeiter wird mittlerweile nicht länger als acht Monate beschäftigt. Die Forderung nach einer Jahresarbeitszeit soll hier Abhilfe schaffen. Das stößt auf Zustimmung bei den Beschäftigten, denn bei Entlassung und Arbeitslosigkeit droht der schnelle Abstieg in die Sozialhilfe/ALG II, wenn der Betroffene nicht eine durchgehende Beschäftigung von 12 Monaten in den letzten zwei Jahren vorweisen kann. Damit die Gegenseite einer solchen Lösung auch zustimmt, ist die Forderung nach einer Jahresarbeitszeit verknüpft mit einem »Geschenk« an die Bauunternehmer, der beitragsfinanzierten Beschäftigungsprämie. »Für jeden Arbeitnehmer, der zwölf Monate beschäftigt wird, erhält der Arbeitgeber eine Prämie. Die Arbeitgeber sollen sich nicht rausreden können, ...sie müssten entlassen, weil die finanziellen Belastungen durch die Inanspruchnahme der Gesetzlichen Winterregelungen zu hoch sind. [...] Insgesamt sollen hierfür 2 Prozent der Brutto Lohnsumme verwendet werden.«

Ergänzt werden Jahresarbeitszeit und Beschäftigungsprämie von der Forderung nach stärkeren Kontrollen gegen illegale Beschäftigung und Lohndumping zusammen mit den Unternehmen und den zuständigen staatlichen Stellen, den Hauptzollämtern. Begleitet wird die Tarifrunde denn auch von einer Kampagne unter dem Motto »Ohne Regeln geht es nicht!«. Dafür wurde eigens eine Meldestelle für illegale Beschäftigung sowie eine gebührenfreie Telefonnummer eingerichtet. Die Meldung von Schwarzarbeit wird aber nicht die Arbeitgeber, sondern in der Regel die zur illegalen Arbeit

gezwungenen Kollegen treffen. Sie verstärkt die Spaltung, bzw. macht es unmöglich sie zu überwinden und leistet dem Rassismus Vorschub. Eine erfolgreiche Gegenwehr aber ist ohne Einbeziehung aller am Bau beschäftigten Kollegen gar nicht möglich, gleich welchen arbeits- und ausländerrechtlichen Bestimmungen sie unterliegen.

Dass in Zeiten einer tiefgehenden Wirtschafts- und Strukturkrise die Grenzen für die Tarifpolitik eng gesteckt sind, darüber kann sich auch eine Gewerkschaftsführung nicht hinwegsetzen. Allerdings lassen sich auch unter schwierigen Ausgangsbedingungen die Kollegen für tarifpolitische Ziele und Forderungen mobilisieren, wie es der Streik vor zwei Jahren bewiesen hat. Der Vorstand der IG BAU versucht in dieser Tarifrunde allerdings, einem harten Konflikt oder Streik aus dem Wege zu gehen. Den immer heftiger werdenden Angriffen aus dem Unternehmerlager und von Regierungsseite, die eine Besinnung auf die eigenen Kräfte und Möglichkeiten erfordert, setzt die Führung der IG BAU den Appell an die gemeinsamen Interessen der Sozialpartner gegenüber. »Gute Vorschläge allein bewegen aber noch nichts! Verantwortung für die Branche übernimmt nur, wer jetzt handelt! Das gilt für die Arbeitgeber genauso, wie für die Betriebsräte und die Beschäftigten – mit ihrer IG BAU!« (alle bisherigen Zitate aus einem Flugblatt der IG BAU zur Tarifrunde).

Das Entgegenkommen und die Zurückhaltung wurden von der Unternehmenseite allerdings nicht honoriert. Wie auch in anderen Branchen verlangt sie von der Gewerkschaft die Zustimmung zu einer Verlängerung der Arbeitszeit – von 39 auf 42 Stunden in der Woche. Ob die zusätzlichen Stunden bezahlt werden, soll den einzelnen Unternehmen überlassen bleiben. Wie das dann gehandhabt wird, kann sich, angesichts der Situation in der Baubranche, jeder an fünf Fingern abzählen.

In den seit Frühjahr laufenden Verhandlungen hat sich auch bei den Gesprächen im September 2004 nichts bewegt. Die IG BAU muss sich also darauf vorbereiten, Anfang 2005 erneut einen Arbeitskampf zu führen, will sie nicht vollends vor der Situation in der Bauindustrie und den Ansprüchen der Gegenseite kapitulieren. Im Frühjahr des kommenden Jahres endet die einjährige Nachwirkungsfrist des gekündigten Tarifvertrages. Dabei muss sich die IG BAU auf eine harte Konfrontation einstellen, denn die Bedingungen für einen Arbeitskampf unterscheiden sich doch erheblich von denen

der Metallindustrie oder des Öffentlichen Dienstes. Das hatte schon der Streik vor zwei Jahren gezeigt.

Im Unterschied zu den Industriezweigen wie Metall, Chemie usw. tun sich für die IG BAU eine Reihe von Schwierigkeiten auf: Die eventuell gut organisierten Beschäftigten einer Firma arbeiten auf verschiedenen Baustellen. Auf jeder größeren Baustelle ist eine Vielzahl von Firmen tätig. Ihre Beschäftigten arbeiten zu den unterschiedlichsten Bedingungen, ebenso unterschiedlich sind der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Streikbereitschaft. Da sich Kolonnen leicht auswechseln lassen, bedarf es des handfesten Auftretens von genügend Kollegen auf der Baustelle und deren Abriegelung durch Streikposten mit den entsprechenden Konflikten (Einsatz der Polizei/einstweilige Verfügungen). Darin ist der Grund zu suchen, warum z.B. der Arbeitskampf 2002 wesentlich militanter ausgetragen wurde als dies in anderen Branchen der Fall ist (s. Arbeiterpolitik Nr. 2/2002). Zudem wurde er in der Mehrheit mit Unorganisierten geführt (in Berlin an die 80 Prozent). Ein Vorteil für die IG BAU ist: Die Produktion kann nicht verlagert werden, hinter den Bauaufträgen stehen enge Termine, die Arbeiten sind zeitlich aufeinander abgestimmt, so dass ein Streik schon sehr schnell enorme ökonomische Auswirkungen zeitigen kann, weil vereinbarte Fristen der Fertigstellung gefährdet sind.

Die Situation der Beschäftigten

So tief wie keine andere Branche steckt die Bauindustrie in einer Wirtschafts- und Strukturkrise. Die Arbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern liegt bei 25, in den östlichen bei 45 Prozent. Und in der Hauptstadt sind schon weit über 50 Prozent der Bauleute erwerbslos. Fast ein Drittel aller Beschäftigten wird noch nicht einmal acht Monate im Jahr beschäftigt. Die großen Baufirmen haben zunehmend ihre Stammelegschaften reduziert und lassen die Aufträge von Fremdfirmen (Subunternehmen) ausführen. Der Rückgang der Beschäftigung schlägt sich auch in den Mitgliedszahlen der IG BAU nieder. Um fünf bis sechs Prozent jährlich sinkt die Zahl der organisierten Kollegen.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund haben sich in der Bauindustrie Arbeitsbedingungen herausgebildet, die nicht mehr kontrollierbar sind. Während eventuell Arbeitsämter und Zollfahndung noch in begrenztem Umfang versuchen Schwarzarbeit zu unterbinden, sind Löhne und Arbeitsbedingungen in weiten Bereichen nicht kontrollierbar. Die IG BAU kann nur auf einigen zentralen Baustellen zeitweise Präsenz zeigen und sich danach erkundigen. Und da ist sie auf die Mitwirkung der Kollegen angewiesen (mit ihrer Angst um den Arbeitsplatz und den Konsequenzen, die Schwarzarbeit für die Betroffenen vor allem für ausländische Kollegen nach sich zieht). Nicht einmal die unter dem normalen Tarif liegenden Mindestlöhne werden gezahlt. Zudem gibt es zahlreiche Möglichkeiten den Mindestlohn auf dem Papier zwar auszuzahlen, in der Realität aber nicht: z.B. Zeitvorgaben für Tätigkeiten, die nicht einzuhalten sind, die notwendige Mehrarbeit wird nicht abgerechnet und gezahlt, oder aber horrenden Preise für Unterkunft, die vom Lohn abgehen und in keinem Verhältnis zur Leistung stehen. Fälle wo Sub- und Sub-Subunternehmen den Kollegen den Lohn völlig vorenthalten, sind keine Seltenheit, sondern nehmen zu. Es braucht nur einer in den oft langen Ketten von Subunternehmen die erbrachte Leistung nicht bezahlen und schon sind die Kollegen um ihren Lohn geprellt und/oder eine

Firma pleite. Geradezu ein Paradies für kriminelle Machenschaften, mit denen einige einen kräftigen Extraprofit rauschlagen können oder den verschärften Konkurrenzdruck auf andere abladen. Die Opfer sind zwangsläufig die Kollegen, die ohne Bezahlung ihrer Arbeit der letzten Wochen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

Nationale Borniertheit oder internationale Ausrichtung

Es liegt nicht allein und nicht in erster Linie an der kompromissbereiten Haltung des Hauptvorstandes, wenn die Tarifergebnisse immer magerer werden oder gar Verschlechterungen einschließen. Die IG BAU steht vor Bedingungen, unter den allein mit tariflichen Methoden, Löhne und Arbeitsbedingungen kaum noch zu verteidigen oder zu verbessern sind. Auf die Fragen, die sich daraus ergeben, können die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände keine befriedigenden Antworten finden, weil sie den Rahmen des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs sprengen würden. Vom Klassenkampf und politischen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmerlager und der Regierung aber schrecken die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften zurück.

Die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen haben innerhalb der IG BAU zu einer Politisierung der Diskussionen und zu Widersprüchen geführt: Auf der einen Seite eine die Tarifrunde begleitende Kampagne gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung, auf der anderen Seite die im Juni 2004 erfolgte Gründung eines europäischen Wanderarbeiterverbandes. In ihm können sich alle Kolleginnen und Kollegen organisieren, gleich welchen Aufenthaltsrechtlichen Status sie besitzen. Der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG BAU hat am 4. September 2004 den Beschluss zur Unterstützung dieses Verbandes gefasst.

Es geht im Kern um die Frage: Soll die IG BAU die Interessen ihrer Mitglieder vertreten unter Ausschluss der ausländischen Kollegen und im Bündnis mit den Unternehmern und Regierung oder setzt die Gewerkschaft auf die internationale Solidarität und bezieht alle hier arbeitenden (und arbeitslosen) Kollegen mit ein. Mit der Gründung des Wanderarbeiterverbandes ist die Entscheidung über die zukünftige politische Ausrichtung der IG BAU noch längst nicht gefallen. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. ■



Wir drucken im Folgenden einen Diskussionsbeitrag ehrenamtlicher IG-BAU-Funktionäre aus Hamburg und Köln ab. Wenn sich auch die konkreten Bedingungen in einzelnen Branchen unterscheiden, die angesprochenen politischen Fragen haben über die Einzelgewerkschaft hinaus Bedeutung.

die Red. ■

■ BAUSTELLENRAZZIEN UND HAUPTZOLLÄMTER:

Unsere Regeln taugen nichts!

RELIKTE EINES GESCHEITERTEN UMGANGS MIT DEM
»PROJEKT LOHNDUMPING« AM BAU

Im Februar 2004 begannen Bundesvorstand und Beirat der IG BAU, eine die Tarifrunde begleitende Kampagne loszutreten. Schon der Titel der Kampagne war bewusst konservativ gewählt, der Inhalt nicht minder repressiv: Vor allem mit vermehrten Baustellenrazzien sowie einer engen Zusammenarbeit mit den Hauptzollämtern sollte deutlich gemacht werden, dass am Bau »Regeln« gelten, ohne die es nicht gehe. Welche Regeln zu wessen Nutzen es aber nun durchzusetzen gilt ... bleibt offen und wird nicht diskutiert. Die großen Dumpingunternehmen reiben sich die Hände, für sie sind wir keine Gefahr.

Nun kommt die IG BAU beileibe nicht zum ersten Mal auf die Idee, Baustellenrazzien zu fordern und durchzusetzen. Seit mehr als 12 Jahren (!) scheint dies bei weitem der wichtigste – wenn nicht sogar der einzige – Einfall zu sein, der uns BaugewerkschafterInnen kommt, wenn wir von Dumpinglöhnen und »Illegalen« am Bau reden. Dass dies ein Armutszeugnis ist, zeigt die Realität: 12 Jahre steigende Razzienzahlen, 12 Jahre expansives Wachstum im Dumpinglohnsektor – wir haben auf ganzer Linie versagt.

Darüber hinaus zählt die fast bedingungslose Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden nicht gerade zu den Tugenden, die uns die Altvorderen gelehrt haben. Schon häufig in der Vergangenheit waren es GewerkschafterInnen, die sich vor Uniformierten schützen mussten, in der Regel exekutierten »Ordnungshüter« den Willen der Arbeitgeber, beispielsweise in diversen Arbeitskämpfen. Darüber hinaus sollten die Bilanzen der Razzien zur Sorge Anlass geben: Ja, alleine 130 Millionen Euro Bußgeld wurden beispielsweise in 2000 verhängt, davon allerdings ein Gutteil Arbeitnehmer und insbesondere durch reibungslose Zusammenarbeit zwischen IG BAU, ZOLL, Ausländerbehörde, Arbeits- und Sozialämtern. Wir alle wissen indes, dass diese Summen – gemessen an Gewinnen aus Lohndumping-Geschäften – lächerlich ist, dass es ohne Regeln also weiterhin recht gut läuft.

Warum – könnte man sich also fragen – warum verfolgen wir als IG Bauen, Agrar, Umwelt eine offensichtlich erfolglose und politisch mehr als fragwürdige Taktik immer und immer wieder, quasi gegen jede Warnung und auch »gesunden Menschenverstand«? Warum suchen wir nicht nach Alternativen? In diesem Text versuchen wir, einige Erklärungsansätze aufzuzeigen und fordern diese Alternativen ein.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein:

»Was wollen DIE auf UNSEREN Baustellen?«

Um gar nicht erst missverstanden zu werden: Die AutorInnen dieses Textes sind sich dessen bewusst, dass gerade die IG BAU in den vergangenen Jahren erhebliche und überaus erfolgreiche Anstrengungen gegen Rassismus in den eigenen Reihen unternommen hat. Wir sagen aber auch, dass hierfür Mitte der 90er Jahre höchste Notwendigkeit bestand: Wir hätten uns sonst nicht mehr lange glaubhaft von rechtsextremistischen Kreisen abgrenzen können.

In dieser Zeit – als Beispiel seien hier nur Übergriffe während des Berliner Baustreiks genannt – existierten in unserer Organisation in nicht unerheblicher Vehemenz rassistische Denkmuster. Offen ausgesprochene Gedanken á la »Die Kanaken nehmen uns die Arbeitsplätze weg« waren dabei noch die harmlosesten Rassismen, problematischer für uns war da schon die Tatsache, dass beinahe niemand auch nur auf die Idee kam, die ausländischen KollegInnen könnten eventuell auf der gleichen Seite der Barrikade stehen, wie wir und »unsere« – deutschen – KollegInnen.

Wir erklären uns diese Situation damit, dass sich der Gedanke »Ausländer raus« zwar dankenswerter Weise innerhalb der IG BAU nicht mehr sanktionsfrei kommunizieren lässt (soweit zum Erfolg unserer Kampagnen gegen Rechtsextremismus), sehr wohl aber in erheblicher Stärke zwischen den Zeilen gelebt wird. Man betont mittlerweile, dass es sich bei den polnischen, portugiesischen, ukrainischen, usw. Arbeitern um »Kollegen« handelt ... anschließend passt aber immer noch ein kleines »wir gegen die« zwischen die Zeilen.

Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der – in der Regel deutschen – »Legalen« abgeführt werden. »Ausländer Raus« braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner. So sind wir letztendlich Teil des Problems, nicht der Lösung.

Dazu passt, dass der Bundesvorstand regelmäßig mit allenfalls grob geschätzten Zahlen sogenannter »Illegaler« arbeitet: So sprach Klaus Wiesehügel noch im Jahre 2001 von »300.000 Illegalen«, nur ein Jahr später waren es plötzlich 400.000. Dabei wird das Wort »illegal« weder definiert, noch Weise differenziert. Ist der illegal entlohnte Kollege aus Cottbus oder Saarbrücken gemeint? Der portugiesische Kollege ohne Arbeits- aber mit Aufenthaltserlaubnis? Oder doch der »illegal« in Deutschland lebende Kenianer?

Baustellenrazzien:

Seit mehr als 12 Jahren falsch und erfolglos!

Nicht »Illegalität«, sondern das Arbeiten unter Dumpinglohnbedingungen ist unser Problem. Der Begriff der »Illegalität« trifft nur einen kleinen Teil der Arbeitsverhältnisse, er verschleiern, dass Dumpinglöhne sehr wohl unter legalen aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bedingungen möglich und üblich sind.

Geschätzte 90% der Dumpinglohn-Arbeitsverhältnisse sind ... absolut legal, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung. Schon die von uns ausgehandelten Mindestlöhne alleine würden die tarifreuen Firmen und damit indirekt unsere Löhne unter Druck setzen. Ein hoher Anteil der ostdeutschen- und ein Teil der westdeutschen Firmen – wir alle wissen das – zahlen jedoch heute unterhalb des Mindestlohnes – auch auf Baustellen im Westen. Und die Mehrzahl der ausländischen Subunternehmen arbeitet hier real weder zu Mindestlöhnen, noch nach Werkvertragsverhältnissen, die genauerer Überprüfung standhalten könnten.

Dummerweise halten sie aber allen bislang bekannten Kontrollen und Razzien stand, und das nicht ohne Grund. Der klassische Betrug: Die KollegInnen erhalten für 40 Stunden wöchentlich den gesetzlichen Mindestlohn, arbeiten aber tatsächlich 65 Stunden. Folge: Die Papiere sind völlig

korrekt, eine Überführung ist – ohne die Aussage der KollegInnen – fast unmöglich, zumindest flächendeckend völlig unmöglich. Diesem Lohndumping, dieser Schmutzkonkurrenz werden wir mit Razzien niemals das Wasser reichen können – sie sind quasi »razzienresistent« konzipiert.

Chancenlos sind BUDIMEX, CHEMOBUDOWA oder auch WALTER-BAU, WAYSS&FREYTAG und wie sie alle heißen allerdings, wenn die Betroffenen mit uns zusammenarbeiten! In den meisten Fällen reicht schon eine einzige schlüssige Aussage der KollegInnen, um eine komplette Baustelle »hochzunehmen«. Dieserlei Aussagen bekommen aber weder wir **mit** dem Hauptzollamt, und schon gar nicht das Hauptzollamt alleine.

Außerdem mutet es befremdlich an, wenn wir uns als Baugewerkschaft fast ausschließlich an staatliche Autoritäten halten, um der Dumpinglohn-Konkurrenz Herr zu werden – und damit an eben den »Stall«, **der selber großen Anteil an der Zerschlagung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen hat**: Fast täglich vermittelt die »Bundesagentur für Arbeit« KollegInnen in illegal entlohnte Jobs, immer wieder verhindert jene Bundesagentur, dass ertrappte Unternehmen vom Markt genommen werden, wie beispielsweise die IG BAU Hamburg im Dezember 2000 anhand des Dumpinglöhners »Münchener Trockenbau« (Stundenlöhne unter 2 DM) feststellen musste. **Die vermeintlichen Kontrollinstanzen dieses Gemeinwesens stehen auf der anderen Seite der Barrikade, sie sind definitiv keine Verbündeten. Dies sollte endlich zur Kenntnis genommen werden.**

Organisierte Solidarität: Das Erfolgsrezept!

Während unseres Gewerkschaftstages im August 2001 wurde der Ken-Loach-Film »Bread and Roses« auch vom Bundesvorstand der IG BAU massiv beworben. Ein Film freilich, der unserer damaligen wie derzeitigen Politik der Razzien erstens konträr gegenübersteht und deren Hauptfiguren – die mutigen Reinigungskräfte von Los Angeles – in Deutschland keine Chance hätten: Sie wären die ersten Opfer der vereinten IG BAU/Hauptzollamt-Truppen.

Dabei hatte Ken Loach – Regisseur zahlreicher Sozialdramen – Recht, indem er den Mut der oft illegalen US-Reinigungskräfte und auch die Taktik der zuständigen Gewerkschaft »Service Employees International Union - SEIU« herausstellte, die schon seit Jahren nicht mehr auf Verfolgungsbehörden, sondern auf Solidarität mit den Betroffenen setzt. Es ist zwar nicht gerade einfach ... aber natürlich können auch wir es erreichen, dass die polnischen oder portugiesischen Kollegen mit uns Seite an Seite gegen Dumpinglöhne und Ausbeutung am Bau kämpfen. Valery Rey Alzaga, Campaignerin der SEIU und Aktivistin der US-Kampagne »Justice for Janitors« (Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) machte im Rahmen einer Veranstaltung FÜR ILLEGALISIERTE am 17.0.4. 2004 im Hamburger Schauspielhaus deutlich, dass dies die einzige Möglichkeit ist: *»Wenn die Illegalisierten so wenig verdienen, weil sie rechtlos und ständig von Abschiebung bedroht sind und die heimischen Fachkräfte aufgrund dieser Situation in Bedrängnis geraten - warum sollten wir dann ausgerechnet diese illegalisierten KollegInnen bekämpfen und nicht ihre Ausbeuter? Das wäre dumm!«*

Andere Organisationen haben bereits gelernt: Vorbei an Behörden und auch vorbei an der IG BAU arbeiten überall in Deutschland antirassistische Organisationen mit ArbeitsmigrantInnen am Bau zusammen und setzen gemeinsam die

bedrängten Rechte durch. In Berlin gelang es der Antirassistischen Initiative e.V., im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit 20 afrikanischen Arbeitern, ausstehenden Löhne in Höhe von rund 40.000 EUR von den Subunternehmen der Wohnungsbaugesellschaft Mitte einzutreiben. In Hamburg organisierten 150 lohngeprellte rumänische Bauarbeiter der Siedlung Falkenried selbsttätig eine Demonstration zu ihren Arbeitgebern der dubiosen Firma »Zeitig« (Subunternehmer von Walter Bau) und wurden dabei einzig von der Organisation kanak attack unterstützt.

Dass ein Umdenken mit gemeinsamer Aktion indes möglich ist, hat nicht zuletzt der erfolgreiche Arbeitskampf im Juni 2002 gezeigt. Nicht nur in Hamburg machten wir die Erfahrung, dass insbesondere die polnischen und portugiesischen Kollegen »wie ein Mann« hinter unseren Forderungen standen, soweit es ihnen möglich war. In der Regel stellten sie zumindest die Arbeit ein, während wir auf ihren Baustellen waren oder Streikposten aufstellten.

Gewerkschaften sind die Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen, im besten Fall auch Kampforganisationen zur Durchsetzung bedrohter Interessen. Gewerkschaften sind **nicht**: Strafverfolgungsbehörden oder deren Helfershelfer. Hätten sie sich frühzeitig so entwickelt, wären sie auch nie erfolgreich geworden. Die Kampagne »Ohne Regeln geht es nicht« steht dem Gewerkschaftsgedanken entgegen. **Sie ist falsch.**

Zur Sache Schätzchen!

Internationale Solidarität am Bau – konkret!

Sie überraschte positiv und machte Hoffnung auf mehr Einsicht: Die mehrsprachige Broschüre der IG BAU zu den Mindestlöhnen, die im August 2003 veröffentlicht wurde, war seit langem der erste erkennbare Schritt, den wir auf hunderttausende ausländische Kollegen zugemacht haben. Er war überfällig, aber für sich alleine genommen wirkungslos. Seit Jahren erbitten und fordern nicht wenige Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive Gewerkschafter in den Betrieben Material der IG BAU für den Einsatz auf »Kontingentbaustellen«. Seit ebenso vielen Jahren werden sie dabei enttäuscht, denn es gab schlicht keines. Um es deutlich zu sagen: Seit rund 12 Jahren ist die IG BAU mit billigeren, ausländischen Kollegen konfrontiert, die übrigens häufig etwas mit dem Begriff »Arbeitskampf« anfangen können. Die von den Mitgliedern her größte Baugewerkschaft der Welt kennt in diesem Zusammenhang zwar mittlerweile bundesweit sämtliche Telefonnummern ausnahmslos aller Strafverfolgungsbehörden, hat aber bis 2003 kaum einen einzigen qualitativen Versuch unternommen, MIT den Kollegen zu arbeiten ... oder zu kämpfen.

Entgegen dieser kaum fassbaren, inhaltlichen Schwäche unserer Organisation brauchen wir nun endlich Werkzeuge in die Hand, um den Schulterchluss mit unseren Kollegen notfalls selber herzustellen. Wir brauchen Broschüren, Flyer, Dolmetscher jeder »Bau-Sprache« und **wir brauchen die Rückendeckung unserer Gewerkschaft** statt Razzien. Wir müssen flächendeckend und offensiv auf die Kollegen zugehen und brauchen eine bundesweite Diskussion mit Absprachen darüber, wie dieses »Zugehen« kampagnenartig durchgeführt werden könnte. Wir benötigen flankierend Diskussionen über und offensive Aktionen gegen die größten Ausbeuter der Branche, statt »Regeln«-Plakate, über die sich die Arbeitgeber mittlerweile lustig machen. Wir brauchen Schu-

Gesetzlicher Mindestlohn gefordert

UND DIE GEWERKSCHAFTEN BEWEGEN SICH
VORSICHTIG

lungen in Steinbach und in den Bezirksverbänden: Schulungen, die sich damit beschäftigen, wie wir eine billigvergebene Baustelle oder auch ein zu reinigendes Objekt unseres Arbeitgebers mit der IG BAU systematisch »aufrollen«, betreuen und mit den ausgebeuteten Kollegen gemeinsam unter Kontrolle bekommen können. Es wird Zeit, dass die IG BAU fremdsprachige Sekretäre einstellt oder die politischen Sekretäre in den regional wichtigsten Sprachen fortbildet. Und wir benötigen – breit gestreut – Insiderkenntnisse über Unternehmen wie BUDIMEX oder CHEMOBUDOWA. Informationen, die – auch das ist peinlich – bislang selbst die mit diesen Unternehmen konfrontierten Betriebsräte nicht bekommen – im Gegensatz zur Nummer des nächsten Hauptzollamtes.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen und antirassistischen Initiativen. Wir fordern regelmäßige, aggressive Kampagnen gegen die bekanntesten Dumpingbetriebe zum Zwecke der Rufschädigung und Schließung. Es wäre ein schlechter Scherz, wenn eine der größten Baugewerkschaften der Welt nicht einzelne Unternehmen vom Markt kämpfen könnte.

Ohne Regeln ... geht's ganz gut!

Aus dem Vorstehenden ergibt sich: Eine weitere Zusammenarbeit mit den Hauptzollämtern ist nicht gewerkschaftskompatibel und ... nicht gerade besonders intelligent. »Unsere« Regeln sind damit am Ende ihrer Weisheit, genauso wie geschätzte 90% der Razzien auf Dumpingbaustellen, die trotz diverser Verstöße und perfidester Ausbeutung ergeben: »Alles in Ordnung, herzlichen Glückwunsch!« Ohne diese Regeln geht's allemal ganz gut, und um ehrlich zu sein: Viele Dumpingunternehmer erleben ohnehin seit Jahren, dass es ohne Regeln ausgesprochen hervorragend geht.

Tatsächlich brauchen wir aber eine Form von »Regeln«, gar keine Frage. Aber der wichtigste Teil dieser Regeln, das lehrten uns schon die Altvorderen, MUSS die Solidarität mit den Betroffenen sein, der gemeinsame Kampf. Wenn wir das nicht wieder lernen, haben wir jede Auseinandersetzung verloren, noch bevor sie überhaupt begonnen hat. Wir müssen unsere Regeln gemeinsam mit diesen Kollegen festlegen und dann ebenso gemeinsam durchsetzen. Für jedweden Schritt in diese Richtung stehen die UnterzeichnerInnen dieses Textes in jeder Form zur Verfügung.

Dass diese Linie in unserer Organisation keineswegs ein Novum darstellen würde, zeigt im übrigen ein Zitat aus dem »Grundstein« vom 5. Oktober 1895: »Aber so verlockend es auch klingen mag, dass die »nationale Arbeit« durch Fernhaltung, bzw. Einschränkung dieser Konkurrenz »geschützt« werden müsste, wir können uns prinzipiell nicht damit einverstanden erklären, dass man durch staatliche Gesetze gerade den Aermsten der Proletarier die Möglichkeit nehmen will, dem Elend und der Bedrückung zu entfliehen und die Segnungen der Freiheit und Zivilisation kennenzulernen. Diese Aermsten folgen, wie jeder Proletarier, dem naturgemäßen Drange nach Verbesserung ihrer Lage. Und es ist nicht ihre Schuld, dass sie den an höhere Lebenshaltung gewöhnten Arbeitern der Länder, wohin sie gehen, eine empfindliche Konkurrenz bereiten. Wenn das so häufig gebrauchte Wort von der »Solidarität der Arbeiter aller Länder« keine Phrase sein soll, so muß sie auch sich bewähren jenen Elementen gegenüber, die »ohne eigene Schuld auf des Elends tiefster Stufe stehen«

Das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne hat sich in einer Arbeitstagung im Sommer und nachfolgenden Treffen auf ein Thesenpapier zur Begründung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns geeinigt. Das Papier ist die detaillierte Ausarbeitung einer bereits im Frankfurter Appell stichwortartig festgelegten Forderung (Materialien des Rhein-Main-Bündnisses sind zu finden unter www.rhein-main-buendnis.de).

Das Papier bezieht sich wesentlich auf die Sozialhilfe bzw. ihre nach Hartz IV vorgesehene Form (Arbeitslosengeld II), weil davon ausgegangen wird, diese sei in Deutschland faktisch der Mindestlohn-Ersatz (in vielen anderen europäischen Ländern gibt es gesetzliche Mindestlohnregelungen). Im folgenden legen die Autoren dar, daß das Kapital mit Hilfe der politischen Parteien die Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen betreibt, um beide Gruppen von Lohnabhängigen gegeneinander auszuspielen. Sozialhilfe werde als »Hängematte« dargestellt, deren Kosten den Nettolohn schmälern und Arbeitsplätze gefährden. Umgekehrt werden »Arbeitsplatzbesitzer« als Besitzstandswahrer zulasten der Arbeitslosen geschmäht, um die Gewerkschaften zu schwächen. Zu den Gewerkschaften folgt im Papier das vernichtende, an dieser Stelle aber richtige Urteil: »Die vorherrschende Haltung der Gewerkschaftsführungen fördert die Spaltung. Die DGB-Führung ist für die Verabschiedung der Agenda 2010 mitverantwortlich. Sie hat die Hartz-Gesetze lange Zeit in erster Linie als Chance für Arbeitslose verkauft. Sie hat den gemeinsamen Widerstand von Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Agenda, wenn überhaupt, nur halbherzig organisiert. Sie hat auch über die gemeinsamen Interessen und über Lohndumping als Zweck des Sozialabbaus kaum aufgeklärt. Erst unter dem Druck von unten (1.11.2003) und erst nach der Verabschiedung der Agenda hat die DGB-Führung die Demonstrationen vom 3.4.2004 organisiert.«

Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II »hemmt den Fall der Löhne nach unten, ebenso wie Tarifverträge, die in ihrem Geltungsbereich ebenfalls Mindestlöhne definieren«. Dies ist sicher richtig, sehr gewagt aber die nachfolgende These, daß sie »in ihrer Bedeutung für Lohnabhängige auf einer Stufe mit Tarifverträgen« stehe. Prinzipiell sind Tarifverträge in der Lohnhöhe und einzelnen Bestimmungen zu den Arbeitsverhältnissen unmittelbar von den Betroffenen erkämpft oder stehen in einer solchen Tradition. Auch die Höhe der Sozialhilfe/des Arbeitslosengeldes II und die Bedingungen der Auszahlung stellen ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis dar. Dieses ist jedoch vielfach vermittelt und wird noch weniger subjektiv so empfunden wie bei Tarifverträgen, selbst solchen, die nicht unmittelbare Folge aufwendiger Tarifaufinandersetzungen sind. Hier muß differenziert werden. Die Höhe von Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II ist für die Beschäftigten von existenzieller Bedeutung, aber sie steht nicht »auf einer Stufe mit Tarifverträgen«. Nicht auf die Gleichsetzung von Interessen kommt es an, sondern auf deren gleiche Richtung. Diese ist erklärbar. Es ist davon auszugehen, daß Menschen erst für ihre naheliegenden Interessen mobilisierbar sind, bevor sie indirekte Zusammenhänge begreifen.

Es folgt in einer weiteren These dieses Papieres eine komplizierte Berechnung auf der Basis der gesetzlichen Pfändungsfreigrenze, die als Höhe der Mindestlohnforderung des Rhein-Main-Bündnisses den Betrag 10 EUR ergibt, der steuerfrei sein soll. Es wird darauf hingewiesen: *»Gegenwärtig gelten für 2,8 Millionen Beschäftigte Tariflöhne unterhalb von 6 EUR die Stunde. Die Agenda 2010 hält es für zumutbar, daß Arbeitslose zu Löhnen von bis zu einem Drittel unterhalb der Tariflöhne arbeiten, also z. B. für 4 EUR die Stunde bis hin zu rd. 2 EUR. Der niedrigste Tariflohn in Deutschland ist 2,74 EUR. Aber auch Löhne oberhalb von 6 EUR die Stunde liegen noch unterhalb des Sozialhilfe-Existenzminimums.«* Daraus folgt: *»Tariflöhne verhindern nicht, daß Löhne unter dem Existenzminimum liegen. Sie sind keine ausreichende Grundlage, um dem Lohndumping entgegenzuwirken. Dazu kommt, dass viele Betriebe nicht mehr tarifgebunden sind, besonders in Ostdeutschland. ... Weil tariflich vereinbarte Löhne häufig unterhalb des Existenzminimums liegen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der zum Leben reicht.«*

Wer aber soll dies durchsetzen? In den Thesen heißt es: *»Einen gesetzlichen Mindestlohn zu fordern, bedeutet nicht, dessen Festlegung der Regierung oder dem Parlament zu überlassen. Regierung und Bundestag, die die Lohndumping-Agenda beschlossen haben, wollen sie natürlich nicht über einen existenzsichernden Mindestlohn wieder außer Kraft setzen. Der Gesetzgeber wird ohne massiven Druck von Beschäftigten und Arbeitslosen nicht bereit sein, einen ausreichenden Mindestlohn zu beschließen.«* Der Versuch, praktische Ansätze zu diskutieren, wird jedoch nicht unternommen.

Bemerkungen zur Umsetzung

Mit keinem Wort wird erwähnt, daß es in der Bauindustrie bereits einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, der im Westen 10,36 EUR beträgt. Wenn dies nicht einmal zur Kenntnis genommen wird, kann man sich auch nicht darauf beziehen, um die Vorteile und Schwächen dieser Regelung auf dem Papier und in der Realität zu untersuchen und für die eigene Strategie nutzbar zu machen. Doch weder Strategie noch Realitätsbezug sind in dem Papier erkennbar. Die Forderung *»10 EUR Mindestlohn«* ist in der Höhe intensiv begründet, steht aber im luftleeren Raum. Deshalb soll an dieser Stelle kurz die Regelung im Bauhauptgewerbe dargestellt werden.

Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es in der Bauindustrie das sogenannte Entsendegesetz (es regelt bei *»Entsendung«* ausländischer Bauarbeiter in den deutschen Arbeitsmarkt deren Bezahlung und Arbeitsbedingungen nach hiesigen Verhältnissen). Auf dessen Grundlage führen die beiden Unternehmerverbände der Bauindustrie und die Gewerkschaft (IG BAU) Tarifverhandlungen zur Festlegung des Mindestlohns in der Branche. Auf Antrag beider Parteien (wozu man die Unternehmer ggf. zwingen muß) erklärt der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages, so daß der dort festgelegte Mindestlohn für alle Beschäftigten und alle Firmen, unabhängig von Gewerkschafts- bzw. Verbandszugehörigkeit gilt.

Dies bedeutet: **Wie hoch der Mindestlohn ist, hängt von der Kampfkraft der organisierten Lohnabhängigen ab.** Derzeit beträgt der Mindestlohn am Bau für Hilfskräfte 10,36 EUR im Westen, 8,95 EUR im Osten, sowie für Facharbeiter 12,47 EUR im Westen, 10,01 EUR im Osten (die Spaltung in

Ost und West, die allgemein bei IG BAU-Abschlüssen noch sehr groß ist, ist selbstverständlich nicht zu akzeptieren).

Zum Begriff der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist hier noch nachzutragen: Nach dem Tarifvertragsgesetz gibt es relativ hohe Hürden, denn das Verfahren kann nur dann angewendet werden, wenn in der betreffenden Region mindestens 50 % der Beschäftigten bei einem tarifgebundenen Unternehmen arbeiten und ein öffentliches Interesse besteht. Diese in der Tat gravierende Einschränkung enthält das Entsendegesetz in der Bauindustrie nicht. Damit gilt die Allgemeinverbindlichkeit dort immer und für alle Bauunternehmen bundesweit. Wichtig ist auch: Der Mindestlohn gilt ausdrücklich auch für Leiharbeiter.

Es gibt aber erhebliche Mängel. Zum einen gilt dieser Mindestlohn nur im Bauhauptgewerbe und bestimmten Bau- nebgewerben. Die IG BAU tritt in ihrem Bereich wie auch grundsätzlich für branchenbezogene Mindestlöhne und für unterschiedliche Tarife in Ost und West ein. Ein entscheidendes Problem entsteht zudem in der Umsetzung, nämlich die Kontrolle der Einhaltung dieser Mindestlöhne. Der Phantasie der Unternehmen, diese zu umgehen, sind keine Grenzen gesetzt, und wo kein Kläger, da kein Richter. Hier fällt der Gewerkschaft nicht viel mehr ein, als staatliche Razzien auf Baustellen zu unterstützen oder gar zu fordern. Ein positiver Ansatz in jüngster Zeit ist die Gründung eines Europäischen Wanderarbeiterverbandes der IG BAU. Diesem Projekt ist Erfolg zu wünschen. Es sollte selbstständig arbeiten und nicht von Hauptamtlichen der Gewerkschaft zu deren Profilierung mißbraucht werden.

Diese Ausführungen haben nicht den Zweck, das Modell der Bauindustrie zu empfehlen. Hier werden lediglich notwendige Überlegungen angestoßen. Bei der allgemeinen Kampfschwäche und Orientierungslosigkeit in den Gewerkschaften kann niemand behaupten, das einzig richtige Modell und den Königsweg zu kennen. Das Verfahren in der Bauindustrie zeigt aber, daß es 1. keinen Gegensatz zwischen Tarifautonomie und gesetzlicher Regelung gibt und 2. die bestehenden Verhältnisse Ansätze bieten. Zudem wird bereits in den Gewerkschaften über Mindestlohn diskutiert, bis in die Spitzen. Damit gibt es auch mehrere Möglichkeiten in der Debatte voranzukommen. Auf keinen Fall können die Gewerkschaften mit dem Argument, daß sie derzeit und nach den Vorstellungen des Rhein-Main-Bündnisses noch nicht dazu bereit seien, außen vor gelassen werden.

Positionen in den Gewerkschaften

Unter gegenwärtigen Bedingungen eine gemeinsame, positive Haltung der Gewerkschaften zu einem Mindestlohn von 10 EUR zu erwarten, ist schlicht illusionär. Die Widersprüche können auch nicht auf einfache Nenner gebracht werden, etwa zwischen Vorständen und Masse der Gewerkschaftsmitglieder, zwischen mehr kämpferischen und mehr sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften, zwischen Ost und West. Strukturbildende Widerspruchselemente gibt es viele. Ein Beispiel bot die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung in der IG Metall im Frühjahr 2004. Dies war nicht einfach ein Ost-West-Problem und nicht nur der Betrug des Hauptvorstandes an einer kampfwilligen Basis. Vielmehr müssen eingerechnet werden: die objektive Schwäche der IG Metall im Osten, branchenbezogene Interessen (Autoindustrie im Westen gegen Fernwirkungen von Streikmaßnahmen) und betriebliche Egoismen (Betriebsräte

gegen die Gewerkschaftszentrale). Dies alles nur bei einer einfachen Tarifrunde einer einzelnen Gewerkschaft.

Solche Interessenunterschiede zeigen sich natürlich auch in der Mindestlohndebatte. Ver.di ist dafür, denn der Organisationsbereich dieser Gewerkschaft wimmelt von kleinen, schwach organisierten (Dienstleistungs-) Branchen, in denen tarifliche Niedrigstlöhne an der Tagesordnung sind, weil sie allein nicht die Kraft haben, höhere zu erkämpfen. Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die schwachen Branchen mitzuziehen, doch war dies schon in der ÖTV nicht ansatzweise gegeben (man betrachte etwa die Differenz zwischen öffentlichem und privatem Busverkehr). Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre hier ein Krücke; allerdings fällt er nicht vom Himmel, sondern muß erkämpft werden – und das ist das entscheidende an jedem Mindestlohn.

Die IG Metall war bisher aus umgekehrtem Grund gegen einen Mindestlohn. Sie organisiert im Durchschnitt gut bezahlte FacharbeiterInnen. Sie muß befürchten, daß im Falle eines Mindestlohns, der zu niedrig ausfiele, ihr Tarifgefüge nach unten gezogen wird. Seit neuestem ist sie für Mindestlohn, aber branchenspezifisch, um ihr Niveau zu halten. Ähnlich sieht es in der IG BAU aus, wo die schwachen Bereiche nicht vom Bauhauptgewerbe mitgezogen werden. Die NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) ist in ähnlicher Lage wie die meisten nichtöffentlichen Bereiche in ver.di. Wegen des niedrigen Lohnniveaus in ihrem Organisationsbereich fordert sie einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn.

Zwischen diesen weit auseinander liegenden Positionen wurde inzwischen ein Kompromiß gefunden. Tarifexperten des DGB und seiner Mitgliedgewerkschaften einigten sich auf branchenspezifische Mindestlöhne, die nach dem Verfahren der Allgemeinverbindlichkeitserklärung festzulegen wären. Dies ist ein Beispiel dafür, daß gegenwärtig der Weg nicht eindeutig sein kann. Es ist ein Fortschritt, weil sich immerhin alle auf Mindestlohn geeinigt haben, und ein Rückschritt, weil er branchenspezifisch ausfallen soll. Diese Einigung bedeutet auf jeden Fall mehr als Tariflohn, denn als Mindestlohn muß er auch für Unorganisierte gelten. **Entscheidend ist, ob und in welcher Weise darum gekämpft und wer in diese Kämpfe einbezogen wird.** Für Mindestlohn müssen sich lohnabhängig Beschäftigte und Erwerbslose gemeinsam einsetzen. Es geht dabei nicht um die schlichte Festlegung auf ein Konzept, sondern um Veränderung der Gewerkschaften und ihrer Strategie. Hanau, 5.10.04 ■

DER LETZTE STREIKTAG IN STADTHAGEN:

Besuch bei den Otis-Kollegen

»Nach 24 Stunden ununterbrochenen Verhandlungen haben IGM und Betriebsrat sowie die Geschäftsführung von Otis im Streit um die Ausgleichszahlungen als Folge der Werksschließung einen Durchbruch erzielt. Ob die 360 Beschäftigten der Lösung zustimmen, wird eine Urabstimmung heute Vormittag zeigen.« So stand es am 18. Juni 2004 in den »Schaumburger Nachrichten«. An diesem Tag, einem Freitag, waren wir, zwei IG-Metaller aus Hamburg, hingefahren,



Demonstration der Belegschaft in Stadthagen

um unsere Solidarität zu zeigen und diesen wichtigen Tag mit den Kollegen zusammen zu erleben.

Als wir im Streikzelt eintrafen, hatte die Verhandlungsleiterin Martina Manthey von der IGM Niedersachsen kurz zuvor das Verhandlungsergebnis bekannt gegeben. Es war also klar: Die Arbeitsplätze würden nicht erhalten, der Betrieb zum Jahresende geschlossen werden. Die IGM hatte sich darauf konzentriert für die Kollegen eine gute Abfindung herauszuholen. Sie führte aus, dass mehr nicht herauszuholen gewesen, das Ergebnis unter diesen Umständen relativ gut sei und sie deshalb den Kollegen empfehle, dem Ergebnis in der Urabstimmung zuzustimmen. Die Zeitung berichtet von der Reaktion einiger Kollegen: »Mist, beschissenes Ergebnis« und von viel Zurückhaltung.

Das Überraschende für viele Kollegen war dann, dass die Urabstimmung über das Ergebnis sofort im Anschluss stattfinden sollte. Also innerhalb von zwei Stunden sollten sie das Ergebnis eines fünfwöchigen Streiks verarbeiten und sich entscheiden! Ein Kollege meinte: »Ich kann ja noch nicht mal nach Hause fahren und mit meiner Frau darüber sprechen.« Der Zwiespalt: einerseits eine relativ große Abfindung zu bekommen, andererseits vor einer ungewissen Zukunft zu stehen, überforderte viele. Für viele hieß es nach langen Jahren der Betriebszugehörigkeit: Wenn ich mit Ja stimme, dann stimme ich der Betriebsverlagerung nach Tschechien und damit dem Verlust meines Arbeitsplatzes zu. Das war ganz schön bitter.

In dieser allgemeinen Stimmung von Unzufriedenheit und Unsicherheit fand dann die Urabstimmung statt: 60 Prozent stimmten mit »Ja« und damit für die Annahme des Ergebnisses. Im großen Streikzelt war ausgezählt worden und das Ergebnis wurde der anwesenden Belegschaft mitgeteilt. Ab Montag, dem 21. Juni, werde wieder gearbeitet. Es gab zahlreiche Pfiffe und einige Kollegen verließen das Zelt. Viele Kollegen und auch wir von außerhalb waren erstaunt über den Ablauf. Es gab nach der Bekanntgabe des Verhandlungsstandes keine allgemeine Aussprache und Beratung. Die Kollegen hatten keine Zeit nach Hause zu gehen und sich z.B. mit ihrer Familie abzustimmen. Die Urabstimmung fand sofort statt und nicht am Montag, was sicher auch möglich gewesen wäre. Die Unzufriedenheit wird noch lange nachwirken.

»Heute hier – morgen dort, sind die Arbeitsplätze fort, wird mit der Angst Geschäfte gemacht...« Dieses Lied wurde von den Vertrauensleuten bei VFW Speyer im Kampf um ihre Arbeitsplätze gesungen. Es ist noch jetzt, fast 30 Jahre später, aktuell. Das Problem Arbeitsplatzvernichtung oder Arbeitsplatzverlagerung sollte das zentrale Thema sein. Es ist mit Abfindungen an die Arbeitnehmer nicht zu lösen. So wie



3. April 2004 in Berlin: Kolleginnen und Kollegen von OTIS Stadthagen auf der Demonstration

damals die 35-Stunden-Woche zentrales Thema war und wie um sie diskutiert und gekämpft wurde, so sollte auch heute über die Arbeitsplatzvernichtung diskutiert werden. Es müssen die Ursachen gesucht und benannt werden und wir sollten nach einer Alternative suchen. Ein Recht auf Arbeit gibt es für Lohnabhängige in dieser Gesellschaft nicht. Wir haben nur die Möglichkeit, um unsere Arbeitsplätze zu kämpfen.

P.W., HH, 2.10.04 ■

Im folgenden ein kurzer Abriss des Konfliktes bei OTIS.

Der mehrwöchige Streik bei OTIS-Stadthagen

Am 4. März dieses Jahres hatte United Technologies, der US-Mutterkonzern von OTIS, verkündet, dass das OTIS-Werk Stadthagen mit 360 Beschäftigten zum Jahresende geschlossen und die Produktion nach Tschechien verlagert wird. Die Empörung darüber war groß, hatten doch Betriebsrat und Belegschaft in den letzten Jahren erhebliche Zugeständnisse gemacht. Um den Standort zu »sichern«, wurde die Belegschaft seit 2001 schon um fast 500 Kolleginnen über Sozialplan abgebaut und Lohnkürzungen wurden vereinbart. Diese Politik des Betriebsrates hatte in anderen OTIS-Standorten schon für gewissen Unmut gesorgt, weil eine langfristige Perspektive nicht im Verhältnis zum Arbeitsabbau stand.

Am 29. April fand im Werk ein erster Warnstreik statt. Allen war klar, dass eine längere Auseinandersetzung bevorstand. Um einen Arbeitskampf mit Unterstützung und finanziert durch die IG Metall zu führen, war es notwendig, einen tariflichen Rahmen mit entsprechenden Forderungen zu finden. Die IG Metall verlangte einen Ergänzungstarifvertrag mit einem individuellen Qualifikationsanspruch für bis zu 38 Monate sowie eine Abfindung in Höhe von zwei Monateinkommen pro Beschäftigungsjahr. Zum konkreten Ziel wurde nicht der Erhalt des Standortes, sondern eine sozialverträgliche Regelung festgelegt. Die Möglichkeit, eine Schließung zu verhindern oder zu verschieben, stand scheinbar nicht im Interesse der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stadthagen, die insbesondere die Hoheit über die »betriebliche Tarifkommission« hatte.

Am 11. Mai stimmten in einer Urabstimmung 98,3 Prozent der OTIS-Gewerkschafter für einen Streik, der zwei Tage später begann. Am 18. Mai wurde der Streik ausgesetzt. Die IG Metall hatte einem Vergleichsvorschlag des Landesarbeitsgerichts zugestimmt, der vorsah, dass Verhandlungen zwischen OTIS und der IG Metall stattfinden sollten. Am 27. Mai erklärte die IG Metall die Verhandlungen für geschei-

tert und nahm am 1. Juni den Streik wieder auf. Am 7. Juni besucht CDU-Ministerpräsident Wulff die Streikversammlung und bekundet seine »Solidarität«. Gegen die Betriebschließung könne man allerdings nichts machen, der Politik seien gegenüber internationalen Konzernen die Hände gebunden. Was man machen müsse, sei die Lohnnebenkosten zu senken, das Steuerrecht zu ändern und Bürokratie abzubauen. Deutschlands Image müsse verbessert werden, damit der Standort Deutschlands wieder attraktiver werde (vgl. www.ndr.de/tv/detail_line.phtml). Bei solchen Freunden braucht man eigentlich keine Feinde mehr. Nichtsdestotrotz begrüßte IGM-Bezirksleiter Meine den Besuch des Regierungschefs, weil auch die Politik das »rücksichtslose Verhalten« des OTIS-Managements ablehne.

Am 16. Juni wurden seitens OTIS die Verhandlungen mit der IG Metall wieder aufgenommen. **Während am 17. Juni im Berliner OTIS-Werk ein Solidaritätsstreik stattfand** und für die folgende Woche in den spanischen OTIS-Werken Solidaritätsstreiks angekündigt waren, einigte sich am selben Tag die IG Metall-Stadthagen mit der OTIS-Geschäftsleitung. Das Ergebnis wird den Beschäftigten am Freitagmorgen des 18. Juni mitgeteilt, es findet sofort eine Urabstimmung statt, in der das Verhandlungsergebnis mit 61 Prozent bestätigt wird.

Das Ergebnis sieht vor, dass für zwölf Monate eine betriebliche Qualifizierungsgesellschaft errichtet wird. Darüber hinaus wird eine Abfindung in Höhe von einem Monatslohn pro Beschäftigungsjahr bezahlt. Die Azubis können abschließen bzw. werden von OTIS in gleichwertige Ausbildungsverhältnisse vermittelt.

Die IG Metall bezeichnet dieses Ergebnis als Erfolg, da mehr rausgeholt worden sei, als in sonstigen Sozialplanvereinbarungen üblich sei, vor allem, dass die Vereinbarungen mit der IG Metall über einen Ergänzungstarifvertrag abgeschlossen worden seien. Üblich ist ja eine Sozialplanvereinbarung mit dem Betriebsrat. Tatsächlich hat die Geschlossenheit der Belegschaft in einem mehrwöchigen Streik sowie die Unterstützung von Betrieben aus der Region und anderen OTIS-Beschäftigten ein Ergebnis gebracht. Gemessen an der Forderung vom 29. April (siehe oben) hat die IG Metall aber bei weitem nicht das erreicht, was sie als Verhandlungsziel ausgegeben hatte. Der Sozialplan, der in anderen OTIS-Standorten bisher ohne Streik erreicht wurde, ist nicht wesentlich schlechter als im Werk Stadthagen. Aus rechtlicher Sicht kein Gewinn, aber prinzipiell wurde das erste Mal ein Streik für eine Qualifizierung und Abfindung geführt.

Da ein Kampf um den Erhalt des Betriebes und der Arbeitsplätze nicht mehr auf der Tagesordnung stand, brauchte die IG Metall das Ergebnis daran auch nicht zu messen.

Der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Stadthagen, Detlef Kunkel, wurde daraufhin zum Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Braunschweig als Nachfolger von Olivier Höbel, dem neuen Bezirkssekretär von Brandenburg-Sachsen, gewählt. Die Verwaltungsstelle Stadthagen wird vermutlich bald schließen – so wie OTIS Stadthagen

Ein fader Nachgeschmack bleibt, denn auch wenn ein Streik schwer über die Urlaubszeit zu halten ist, ist eine falsche Forderung von vornherein nicht eine Garantie für einen Erfolg – egal wie gut oder schlecht er verkauft wird – die Beschäftigten hätten für ihren mehrwöchigen Einsatz mehr verdient!

2.10.04 ■

Die »Internationale« auf einer Betriebsversammlung bei VW-Baunatal?

Als Dankeschön für eine Spendensammelaktion der VW-Belegschaft zu Gunsten von Straßenkinder in den VW-Standorten Brasilien, Mexiko und Südafrika war das Werkskonzert gedacht, das am 7. Juni in der Werkshalle 2 bei VW-Baunatal bei Kassel stattfand. Weil der Intendant des Kasseler Staatstheaters, Christoph Nix, von dieser Aktion begeistert war, plante er mit Jürgen Stumpf vom Betriebsrat das Werkskonzert, bei dem wegen des internationalen Anliegens auch die »Internationale« gespielt werden sollte.

Dazu kam es nicht, weil sich einige Orchestermitglieder nicht bei ihrem Intendanten, sondern sofort beim CDU-geführten hessischen Kultusministerium beschwerten. Sobald Christoph Nix davon hörte, ersetzte er die »Internationale« im Programm durch die »Marseillaise«. Trotzdem gab es einen Aufschrei der Empörung im antikommunistischen Blätterwald. Von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« bis zur »Ostfriesenzeitung« wurde die Denunziation des hessischen Kultusministeriums abgedruckt, Christoph Nix habe die Musiker zum Abspielen des kommunistischen Kampfliedes zwingen wollen und ihnen andernfalls mit Rausschmiss gedroht.

Zu diesem Vorfall schrieb der VW-Vertrauenskörperleiter Andreas Huhn einen Leserbrief in der Kasseler HNA: »Melodien und Liedtexte können nichts dafür, wenn sie von Machthabern missbraucht werden. Die »Internationale« ist tatsächlich viel von Kommunisten benutzt worden.

Das Lied ist aber von einem Franzosen 1871 geschrieben und 1888 von einem anderen Franzosen vertont worden. Es wurde sehr schnell zur Hymne der internationalen Arbeiterbewegung, lange vor Entstehen der Sowjetunion, und ist dies, unabhängig von den unterschiedlichen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung bis heute geblieben.

In Ländern mit einem breiteren Liedgut als in Deutschland wird es auch heute noch gern gesungen. All das hat nichts damit zu tun, dass die Sowjetunion das Lied zeitweise als Nationalhymne verwendet hat.

Es hat damit zu tun, dass in dem Lied (natürlich auf die uns heute etwas pathetisch vorkommende Art des 19. Jahrhunderts) die freiheitlichen und sozialen Ziele der entstehenden Arbeiterbewegung formuliert wurden: »Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.« Ich hätte die »Internationale« gerne auf der Betriebsversammlung gehört.«

Ergänzend muss hinzugefügt werden, dass die Sowjetunion die »Internationale« nicht als »Nationalhymne« verwendet hat, weil sich die Sowjetunion zu dieser Zeit nicht als Nationalstaat verstand, sondern als erster Staat, in dem die Arbeiter die herrschende Klasse besiegt und die Macht erobert hatten. Von Anfang an hatten die Arbeiter in der Sowjetunion auf Unterstützung durch Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern gehofft. Gerade die Stalin tragende gesellschaftliche Strömung war es, die aus der Not der ausbleibenden Revolutionen eine Tugend machte und die Entwicklung des Sozialismus in einem Land propagierte. Aufgrund ihrer Schwäche führte die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg nicht als revolutionären Befreiungskrieg, sondern als »Großen Vaterländischen Krieg«. Schließlich war das Bündnis mit den »antifaschistischen« bürgerlichen Klassen der Westalliierten für Stalin im Zweiten Weltkrieg so wichtig geworden, dass die Kommunistische Internationale aufgelöst wurde. Ein Ausdruck der enttäuschten Hoffnungen auf eine Revolution in Westeuropa ist, dass die »Internationale« 1944 durch die »Gimn Sowjetskowo Sojusa«, die »Hymne der Sowjetunion« ersetzt wurde.

Verständlich ist die Reaktion des hessischen Kultusministeriums: »Wir halten es für unzumutbar, Orchestermitglieder, die unter dem DDR-Regime gelitten haben, so unter Druck zu setzen«, so Ministeriumssprecherin Adrienne Lochte. Logisch, dann darf künftig auch niemand mehr gezwungen werden, die aktuelle deutsche Nationalhymne zu spielen, bei deren Klängen schon ergraute Parteifreunde wie Filbinger in den Dreißiger Jahren die Hand zum »deutschen Gruß« erhoben hatten, während die bösen Kommunisten im Konzentrationslager saßen oder im Untergrund gegen die damalige politische Ordnung wühlten. Und das in fast allen Ländern Europas. International eben! Kassel, Sept. 04 ■

■ WAS WAR ERFOLGREICH AN DEN VOLKSBEGEHREN IN HAMBURG?

Gegen die Privatisierung von Schulen und Wasserwerken

Vom 23. August bis 6. September wurden in Hamburg zwei Volksbegehren durchgeführt: »Bildung ist keine Ware« und »Unser Wasser Hamburg«. Das letztere richtet sich gegen eine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke, das andere gegen die Übernahme der Berufsschulen durch die Handelskammer Hamburg.

Hauptträger der »Wasser«-Initiative ist attac-Hamburg, hinter »Bildung ist keine Ware« stehen vor allem die GEW und die DGB-Jugend.

Beide Volksbegehren waren erfolgreich: Sowohl »Wasser« als auch »Bildung« sammelten weitaus mehr Unter-

schriften als offiziell benötigt wurden (siehe Kasten!). Bildung sammelte 121.000, Wasser 147.000 Unterschriften.

Wie die regierende CDU mit den beiden Volksbegehren umgehen wird, ist noch nicht klar. Auf jeden Fall betrachtet der Senat beide als unangenehm und störend und die Überlegungen gehen dahin, wie man die beiden Anliegen taktisch aushebeln könne. Eine Möglichkeit wäre, die beiden Anliegen für einen zu erwartenden Volksentscheid zu trennen. Der Senat könnte z.B. erst mal die Wasserwerke von der Bürgerschaft beschlossenen Privatisierungsliste zu streichen, so dass ein Volksentscheid nicht mehr nötig wäre. Dann stünde



Oben: Das Logo der »Wasser-Initiative«

Links: Das offizielle Logo für die »Bildungs-Initiative«, von der GEW bei einer Agentur in Auftrag gegeben.

Mitte: Die Gewerkschaftsjugend entwickelte für sich ein alternatives Motiv.

Bildung alleine da. Es würde schwierig, die erforderliche Bürgerbeteiligung zu erreichen. Denn für viele ist sofort einsichtig, dass eine Privatisierung von Wasser eine Qualitätsverschlechterung und Verteuerung nach sich ziehen würde. Sowohl bei den Initiatoren wie bei der CDU liegt der Gedanke nahe, dass bei einem gemeinsamen Volksentscheid die »Bildung« von der hohen Beteiligung bei »Wasser« profitieren würde.

Privatisierung im Schulwesen: Versuchsobjekt Berufsschulen

Wie wir in Arpo 3/2003 berichtet haben, läuft in Hamburg eine Art Pilotprojekt unter der Federführung der Handelskammer Hamburg und mit Unterstützung des Senats Schulen aus der staatlichen Kontrolle herauszunehmen und unter den bestimmenden Einfluss der Unternehmer zu stellen. Im Visier sind die Berufsschulen, da hier die ideologische Begründung am leichtesten fällt; schließlich sind ja Unternehmen und Schulen an der Berufsausbildung gemeinsam beteiligt. Eine »Entstaatlichung« der (Berufs)Schulen würde die Schutzfunktion für die Schwächeren in der Gesellschaft aufheben, daran ändert auch alle berechtigte Kritik an den existierenden Schulen nichts. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass eine Privatisierung Verbesserungen und Reformschritte ermöglicht, die allen und nicht nur den Privilegierten zugute kommt.

Erste Privatisierungspläne wurden im Sommer 2002 bekannt und konkretisierten sich im Jahre 2003. Geplant wurde damals die Berufsschulen in eine Stiftung zu überführen, die zwar immer noch staatlich finanziert, aber von den Unternehmen und ihren Kammern geleitet würde. Gegen diese Absicht richtete sich die im Mai 2003 gegründete Volksinitiative »Bildung ist keine Ware« unter maßgeblicher Beteiligung der Berufsschulfachgruppe der GEW-Hamburg, sowie der DGB-Jugend und anderen. Diese Initiative sammelte bis November 23 000 Unterschriften. Diese hätten aber wohl nicht ausgereicht um die für August 2004 geplante Einführung der Stiftung zu verhindern, wenn nicht zwei politische Umstände mitgeholfen hätten. Das eine war der Rauswurf von Ronald Schill aus dem Senat, das andere die Ent-

lassung des FDP-Bildungssenators Lange, beides durch die CDU (vergleiche dazu Arpo 1/2004). Deshalb wurden Neuwahlen notwendig und die Einführung der geplanten Stiftung wurde gestoppt.

Die Wahl am 29.2.04 brachte eine absolute CDU-Mehrheit; eine neue Bildungssenatorin wurde ernannt und die Pläne, die Berufsschulen zu privatisieren, wieder aufgenommen. Zwar äußerte sich die neue Senatorin anfangs noch sehr skeptisch, aber nachdem sie in die Handelskammer zum Gespräch gebeten worden war, wurde deutlich, dass die Pläne nicht vom Tisch waren.

In dieser Situation diskutierte die Fachgruppe Berufsschulen der GEW diskutiert werden, ob man sich auf das Wagnis eines Volksbegehrens einlassen sollte. Im Unterschied zu »Unser Wasser« von »attac« als Kampagnen-Organisation ist es für eine Gewerkschaft wie die GEW nicht von vornherein klar, dass man sich auf Volksbegehren als »Kampfmittel« einlässt.

Volksbegehren: Pro und Kontra

Zunächst einmal ist ein Volksbegehren kein traditionelles gewerkschaftliches Kampfmittel. Allerdings verfügt die GEW als Gewerkschaft mit hauptsächlich verbeamteten LehrerInnen auch nur begrenzt über gewerkschaftliche Möglichkeiten wie z.B. den Streik. Sie ist sehr stark auf die Mobilisierung von KollegInnen für andere Protestformen angewiesen. Eine Demonstration nach einer Personalversammlung und ein Autokorso durch die Stadt hatten allerdings gezeigt, dass die Mobilisierung von KollegInnen an den Berufsschulen nur in sehr begrenztem Umfang gelungen war.

Ein Volksbegehren, bei dem innerhalb von 14 Tagen 61.000 gültige Unterschriften zusammen gebracht werden mussten – realistischerweise braucht man etwa 80.000 Unterschriften, weil erfahrungsgemäß viele ungültige Unterschriften anfallen –, kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es möglich ist, an praktisch allen Berufsschulen die KollegInnen zum Sammeln zu bewegen. Aber nicht nur das. Es war den Aktiven sehr schnell klar, dass über den Berufsschulbereich hinaus um Unterstützung geworben werden musste. Ohne die aktive Beteiligung der Schüler, ohne die

Beteiligung von KollegInnen aus den anderen Schulbereichen würde das Volksbegehren mit einem Flop enden.

Das Volksbegehren hat aber auch unzweifelhaft große Vorteile: Es würde, falls erfolgreich, politischen Druck auf den Senat erzeugen; die GEW würde das Thema der Privatisierung von Schulen bei Schülern und Eltern sowie darüber hinaus in den allgemein bildenden Schulen und in der ganzen Stadt bekannt machen; man könnte außerdem den von vielen Latschdemos, Protestaktiönchen usw. ermüdeten und desillusionierten KollegInnen ein realistisches Ziel geben, für das sich ein Einsatz lohnte. Außerdem gab es die Chance zusammen mit der »Unser Wasser«-Initiative gleichzeitig Unterschriften zu sammeln und so von deren größerer Bekanntheit zu profitieren.

Diese Überlegungen führten zur Anmeldung des Volksbegehrens »Bildung ist keine Ware« im April, vor allem auf Initiative der GEW. Der DGB und die DGB-Jugend (beim ersten Schritt noch aktiv dabei) kamen zögerlich hinzu, da sie erst davon überzeugt werden mussten, dass es mit der neuen Senatorin nicht viel zu verhandeln gab – was sie gerne gemacht hätten.

Die Zeit bis Ende August sollte dann genutzt werden, das Volksbegehren bekannt zu machen und Sammler zu finden. Die Arbeiten beschränkten sich mehr oder weniger auf die ohnehin immer Aktiven, von einer »Volksbewegung« konnte keine Rede sein. Hier wie auch später schon zeigte sich, dass der Propagandaaufwand und die Organisationskraft für ein solches Volksbegehren ziemlich groß sind, wenn es nicht aus einer wirklichen Bewegung heraus erfolgt. Die GEW gab relativ viel Geld hinein und organisatorisch konnte man ihre Geschäftsstelle nutzen. Ver.di finanzierte noch eine halbe Stelle für einen Dauermitarbeiter.

Volksbegehren: Die »heiße Phase«

Schien es am Ende der ersten Woche noch so, als ob die benötigte Anzahl von Unterschriften nicht zu schaffen sei, so übertraf die schließlich gesammelte Anzahl am Ende alle Erwartungen. Es hatte sich gezeigt, dass sich beim Sammeln im Laufe der zwei Wochen sehr viele KollegInnen und SchülerInnen beteiligten. Nicht nur an den Schulen selber, sondern auch in den Stadtteilen wurde gesammelt, auch von vielen KollegInnen anderer Schulformen, die erkannt hatten, dass es nicht allein um berufsschulspezifische Belange ging. Die Beteiligung ging über den üblichen Aktivistenkreis hinaus, darunter KollegInnen, von denen man es gar nicht erwartet hätte. Tatsächlich war so etwas wie eine kleine Bewegung entstanden.

In den Stadtteilen zeigte sich, dass es relativ leicht war, Leute anzusprechen und zu einer Unterschrift zu motivieren. Von der viel beschworenen Politikmüdigkeit keine Spur. Besonders in ärmeren Stadtvierteln war es kein Problem »gegen Privatisierung« aufzutreten, da die meisten dort genau wissen, dass Privatisierung für sie Verteuerung und Verschlechterung bringen wird.

Allerdings war die Skepsis, was so ein Volksbegehren bringen wird, auch recht weit verbreitet. Vielen war bekannt, dass der Senat beschlossen hatte, den Landesbetrieb Krankenhäuser zu verkaufen, obwohl ein erfolgreicher Volksentscheid stattgefunden hatte, der einen solchen Verkauf ablehnte. Bei der Wahl am 29.2.04 hatte die CDU die absolute Mehrheit gewonnen. »*Dem gleichzeitig stattfindenden Volksentscheid gegen die Privatisierung der städtischen*

Volksgesetzgebung in Hamburg

1998 wurde in die Hamburger Verfassung ein neues Element eingeführt: Die Volksgesetzgebung. Diese bestimmt, dass neben die Gesetzgebung durch das Hamburger Parlament, die Bürgerschaft, gleichberechtigt eine zweite tritt, die per Volksabstimmung erfolgt.

Die Durchführungsbestimmungen in der Hamburger Verfassung dazu sind sehr umfangreich, umständlich und dienen dem Ziel, die Volksgesetzgebung möglichst zu erschweren. So werden drei Schritte zwingend vorgeschrieben:

1) **Die Volksinitiative.** Sie muss innerhalb eines halben Jahres 10.000 Unterschriften von in Hamburg wahlberechtigten Personen vorlegen.

2) **Das Volksbegehren.** Stimmt die Bürgerschaft dem Anliegen der Volksinitiative nicht zu, können die Initiatoren das Volksbegehren beantragen. Dem muss innerhalb von 14 Tagen ein Zwanzigstel (5%) der Wahlberechtigten zustimmen, das sind zur Zeit etwa 61 000.

3) **Der Volksentscheid.** Kommt die Bürgerschaft dem Anliegen des Volksbegehrens nicht nach, können die Initiatoren den Volksentscheid beantragen. Dieser findet wie eine Wahl an einem Tag statt. Erfolgreich ist er, wenn ein Fünftel (= 20%) der Wahlberechtigten (das sind zur Zeit ca. 244 000) daran teilnimmt und die Mehrheit davon zustimmt.

Diese drei Schritte sind als sehr hohe Hürden geplant. Zum Vergleich: In der Schweiz genügen einmalig 50.000 Unterschriften für einen Volksentscheid. Außerdem machen diese Schritte das Verfahren sehr zeitaufwändig: Da die Bürgerschaft nach den ersten beiden Schritten mehrere Monate Zeit hat auf Volksinitiative bzw. Volksbegehren zu reagieren, dauert das Ganze ungefähr zwei Jahre. ■

Krankenhäuser stimmten 77 Prozent zu, obwohl die Privatisierung nach wie vor erklärtes Ziel der CDU ist.» (Arpo 1/04) Als Sammler hatte man Schwierigkeiten, gegen diese Erfahrungen zu argumentieren. Kaum jemand wußte, dass ver.di als Initiator dieses Volksentscheides zwar öffentlich gegen die Privatisierung getrommelt hatte, jedoch intern und indirekt in der Formulierung dieses Volksentscheides einen 49,9%-igen Verkauf der Krankenhäuser befürwortete (siehe auch weiter unten).

Am letzten Tag des Volksbegehrens hatten »Bildung« und »Wasser« zu einem Sammlerfest in die »Fabrik« eingeladen. Das war relativ schwach besucht, die Aktivisten waren mehr oder weniger wieder unter sich. Viele hatten sich zwar am Sammeln beteiligt, aber dies eher als individuelle oder schulische Aktion begriffen, die nicht dazu führte, dass man sich als Teil einer (organisierten) Bewegung fühlte. Trotzdem bleibt natürlich festzuhalten, dass sich viele beteiligt haben, auf Leute zugehen und mit ihnen diskutierten und so politische Erfahrungen machen konnten.

Es wäre allerdings völlige Illusion anzunehmen, dies träfe auch auf diejenigen zu, die unterschrieben haben. 121.000 Unterschriften gegen die Privatisierung von Berufsschulen bedeutet noch kein entsprechendes Widerstandspotential. Der »Widerstand« der Menschen findet nach wie vor

hauptsächlich mit der Unterschrift bzw. dem Stimmzettel statt.

Volksbegehren nutzbar, aber kein Allheilmittel

Natürlich wird bei einem Volksbegehren unvermeidlich die Illusion mitgenährt, man könne schon mit dem Leisten einer Unterschrift politisch etwas verändern. Ob aber ein Volksbegehren eine Ersatzhandlung darstellt oder ein politisches Mittel sein kann, mit dem Leute politisch aktiviert werden und in dem sie sich weiter entwickeln können, lässt sich nicht generell beantworten.

Bei »**Bildung ist keine Ware**« kann man feststellen, dass eine politische Qualität vorhanden war. Es bot aus gewerkschaftlicher Sicht die Möglichkeit die eigenen begrenzten Mittel zu überwinden und den Konflikt um die Privatisierung zu politisieren. Es gelang das Thema aus den Berufsschulen hinaus in andere Schulen und in die Stadt hinein zu tragen. Viele KollegInnen und SchülerInnen haben sich intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt und sind aktiv geworden. Das Sammeln von Unterschriften und die damit verbundenen Diskussionen mit fremden Menschen zwangen die Betroffenen sich in viel intensiverer Weise in die Materie einzuarbeiten und mit Gegenargumenten auseinander zu setzen, als es beispielsweise die Teilnahme an einer Demo z.B. erfordert hätte.

Anders hat es sich mit dem Volksbegehren von ver.di »**Gesundheit ist keine Ware**« zur Privatisierung der Krankenhäuser verhalten. Ver.di hatte jahrelang den notwendigen »Vorlauf« zum endgültigen Verkauf mit unterstützt und aktiv mit getragen: Die Umwandlung der städtischen Krankenhäuser in einen selbstständigen Landesbetrieb; damit einhergehend die Einführung eines kaufmännischen Direktors und damit der betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung, also mit dem Ziel der Gewinnerorientierung; den Teilverkauf von Wäscherei, Essensherstellung usw. an Privatfirmen. Ver.di (und zuvor die ÖTV) hatte also lange vor der umfassenden und endgültigen Privatisierung diese schon mitgemacht und konnte schon deshalb die Beschäftigten gar nicht mehr

glaubwürdig dagegen mobilisieren. Es waren Stimmen aus dem Pflegebereich zu hören, die meinten: »*Wir haben durch Rationalisierung und Personalentlassung inzwischen einen solchen Stress auf den Stationen, dass unsere eigenen Ansprüche an Qualität nicht mehr erfüllt werden können, dass viele Kolleginnen sofort hinschmeißen würden, wenn sie einen Job in einer anderen Branche bekommen würden. Was soll uns da die Privatisierung schrecken – die Gewerkschaft kann doch jetzt schon nichts machen...*«

Das Volksbegehren und der Volksentscheid waren also eindeutig Ersatzhandlungen, die verdecken sollten, wie ver.di tatsächlich zur Privatisierung stand und steht. Dass die Formulierung des Volksentscheides, den ver.di vorgelegt hatte, eine Teilprivatisierung gar nicht ausschloss, sondern lediglich auf eine Mehrheitsbeteiligung der Stadt Hamburg orientierte, zeigt dies deutlich. Ver.di konnte auch gar nicht genügend Sammler aus den eigenen Reihen mobilisieren, sondern musste sogar bezahlte Sammler einsetzen, um auf genügend Unterschriften zu kommen.

Ebenso kritisch ist das Volksbegehren »**Für eine kinder- und familiengerechte Kita-Reform**« einzuschätzen, das die SPD mit Unterstützung einiger kleiner Organisationen für den Kindertagesbereich durchführte. Hier ging es darum, dass per Volksgesetzgebung ein rechtlicher Anspruch auf Kindertagesplätze durchgesetzt werden sollte. Natürlich war es für eine Organisation wie die SPD in Hamburg nicht schwer weit über die benötigte Anzahl Unterschriften zu sammeln. Das Volksbegehren diente der SPD lediglich als Mittel zur Verlängerung ihrer parlamentarischen Arbeit. Kaum war es erfolgreich, signalisierte die CDU, sie sei zu Verhandlungen bereit – um einen Volksentscheid zu verhindern. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vor allem unter Ausschluss derjenigen, mit denen sie zusammen das Volksbegehren durchgeführt hatten, verhandelte die SPD mit der CDU und vereinbarte einen Kompromiss, der erheblich von dem vorgelegten Gesetzentwurf abwich und Verschlechterungen in Kauf nahm. Praktisch verkaufte die SPD die Stimmen, die sie beim Volksbegehren gesammelt hatte, um mit der CDU ins parlamentarische Geschacher zu kommen. Dass die CDU jetzt, nachdem der Volksentscheid von der SPD abgeblasen wurde, sich nicht mehr so recht an den Kompromiss hält, wird natürlich von der SPD moralisch empört beklagt (siehe www.kita-reform.de).

Etwas anders muss die Initiative »**Mehr Bürgerrechte – ein neues Wahlrecht für Hamburg**« diskutiert werden. Sie wurde getragen von »Mehr Demokratie e.V.«, einem Verein, der sich selbst als »*weder rechts noch links*«, sondern als verantwortlich staatsbürgerlich begreift. In Hamburg wurde er von einem breiten Spektrum unterstützt, darunter die Grünen, die FDP und die PDS. SPD und CDU waren dagegen. Ziel war die Einführung einer Art baden-württembergischen Wahlrechts, d.h. mehr Wahlkreise mit Direktkandidaten (in Hamburg gab es nur Listenwahl) und die Möglichkeit zu panaschieren und zu kumulieren. Am 13.6.04 wurde zusammen mit der Europawahl per Volksentscheid das neue Wahlrechtsgesetz beschlossen und für Hamburg gültig. Bemerkenswert daran ist, dass mit dem Mittel der direkten Demokratie, dem Volksentscheid, ein Wahlverfahren der indirekten Demokratie geändert wurde. Letztlich soll damit dem bestehenden politischen System, das sich zunehmend unglaubwürdig macht, mit Hilfe der Volksgesetzgebung neue Glaubwürdigkeit verschafft werden. Was sich die PDS mit

ANZEIGE



Anlässlich des 90. Geburtstages von Jakob Moneta:

Solidarität im Zeitalter des Skeptizismus

Kolumnen aus drei Jahrzehnten

JAKOB MONETA
SOLIDARITÄT
im Zeitalter des Skeptizismus
Kommentare aus drei Jahrzehnten

SoZ Sozialistische Texte 2. November 2004

Broschur, 80 S., 3,-EUR

Bestellungen (gegen Vorkasse) an:
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75-77 · 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

ihrer Unterstützung davon versprochen hat, wird wohl ihr Geheimnis bleiben.

Wir sehen, dass das parlamentarische System in Deutschland gezwungen ist Elemente der direkten Demokratie zuzulassen, um den Menschen zumindest den Eindruck zu vermitteln mehr Mitsprachemöglichkeiten zu haben. Wenn diese Mitsprachemöglichkeiten entstehen, können wir das natürlich nur begrüßen. Sie bieten uns Möglichkeiten, die wir nutzen können, aber nur, wenn wir im Einzelfall genau untersuchen, welchen Charakter die jeweilige Initiative hat und wer sie mit welchen Absichten kontrolliert und durchführt. Hamburg, 12. 10. 04 ■

LESERBRIEF:

Anmerkungen zum Leitartikel der Arpo 2'04

■ In der Überschrift wird behauptet, dass die öffentlichen Arbeitgeber als Speerspitze des Unternehmerlagers fungieren würden. Es wird dann weiter unterstellt, dass die Unternehmer eine generelle Arbeitszeitverlängerung durchsetzen wollen. Doch alle bisherigen Auseinandersetzungen um Fragen der Arbeitszeit haben gezeigt, dass die Unternehmer eine Öffnung der Tarifverträge hin zu den Betrieben wollen, um dann dort je nach wirtschaftlicher Lage und betrieblicher Kräftekonstellation besondere Arbeitszeitregelungen durchsetzen zu können. Sie wollen in den Betrieben einer Branche nicht gleiche Arbeitszeitverhältnisse schaffen, sondern betriebsspezifische Regelungen durchsetzen, wenn möglich sogar noch zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen der Betriebe differenzieren. Eine generelle Arbeitszeitverlängerung würde ja den Flächentarifvertrag in alter Form erhalten und die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften in der jeweiligen Branche im Kern sichern. Die Unternehmer wollen ferner die Betriebsräte von dem Einfluss der Gewerkschaften abkoppeln und mit ihnen neue »Bündnisse« schließen, so dass sie zukünftig (fast) alle Arbeitszeitregelungen unabhängig von bestehenden Tarifverträgen mit den Betriebsräten vereinbaren können. Ihr zentrales Ziel ist deshalb gegenwärtig die Durchlöcherung des Flächentarifvertrages.

■ Weil die Unternehmer wissen, dass die Gewerkschaften um jeden Preis eine generelle Arbeitszeitverlängerung vermeiden wollen, fordern sie diese. Dies gibt ihnen die Möglichkeit dann in den Tarifverhandlungen den Gewerkschaften einen Ausweg aufzuzeigen. Dieser besteht darin, schmerzliche Eingriffe in andere Regelungen des Tarifvertrages zu beschließen. Das Ergebnis ist dann, dass die Gewerkschaftsführungen nach außen ihr Gesicht wahren können und die Unternehmer sowohl vom materiellen Ergebnis wie vom Kräfteverhältnis her ihre Interessen im Wesentlichen durchgesetzt haben. Warum sollte das im ÖD anders sein?

■ Der Artikel fordert, dass »alle, die sich dieser Entwicklung entgegen stemmen wollen, ... ihren Blick jetzt auf den öffentlichen Dienst richten« müssen. Dies wird damit begründet, dass der zentrale Kampfplatz derzeit der Öffentliche Dienst sei. Es bleibt die Frage, ob nicht im ÖD nur das nachvollzogen wird, was in der Privatindustrie in den letzten Jahren bereits durchgesetzt worden ist. Hier sind die Einkünfte der Beschäftigten massiv gesenkt worden, die Arbeit

weiter verdichtet und diverse gewerkschaftliche Erfolge (Pausenregelungen, freie Tage, etc.) verschlechtert oder gar zurückgenommen worden. Weder die Vorstände von Siemens noch die von Daimler oder aber die von Karstadt brauchen eine Entscheidung des ÖD, damit sie ihre Interessen gegenüber der jeweiligen Gewerkschaft oder den Betriebsräten wie der Belegschaft durchsetzen können. Damit ist auch die These des Textes, dass es sich bei dem Vorstoß der Länder um eine »politische Offensive des Unternehmerlagers« handelt, in Frage gestellt. Der Angriff auf die bestehenden Arbeitszeitregelungen in den Ländern ist ein Teil der gegenwärtigen Offensive gegen die Beschäftigten und die von ihnen gestützten gewerkschaftlichen Organisationen.

■ Der ÖD ist derzeit kein Kampfplatz und kann in absehbarer Zeit auch kaum einer werden (s. a. die Erfahrungen, die wir in Berlin gemacht haben). Der Artikel beschreibt an anderer Stelle zu Recht, dass sich die Arbeitgeber den schwächsten Bereich im ÖD ausgesucht haben, um ihre Forderungen deutlich zu machen. Will man dem etwas entgegensetzen, muss man die Lage schon realistischer einschätzen. Um überhaupt zu kleineren Aktionen zu kommen wie etwa ausgedehnten Personalversammlungen, Kundgebungen vor den Ämtern, Pausenverlängerungen, kleineren Demonstrationen oder gar Warnstreiks, bedarf es noch erheblicher gewerkschaftlicher Anstrengungen.

Hier ist die Aufgabe der Linken und der Kommunisten zu suchen: Aufklärung der Beschäftigten über den Charakter der Forderungen der Länder, Aktivierung der KollegInnen vor Ort, Verbreiterung der Informationen über gelungene kleinere Aktionen, etc. Nur so können die Voraussetzungen geschaffen werden, um den Konflikt vielleicht zu steigern. Beim gegenwärtigen Stand des Kräfteverhältnisses deutet alles daraufhin, dass wir eher ein Arrangement zwischen ver.di und den Arbeitgebern ÖD erleben werden als eine Durchbruchsschlacht. Die Weichen für die zukünftige Eingruppierung der Beschäftigten und ihre Bezahlung werden derzeit in den Verhandlungen zwischen ver.di und den Arbeitgebern des Bundes und der Kommunen gestellt. Bei den Beamten sind erste Ergebnisse bereits bekannt. Ob sich die Länder, deren politisch Verantwortliche den gleichen Parteien angehören wie diejenigen, die derzeit mit verdi das Tarifrecht des ÖD umkrepeln, gänzlich den etwa auf Bundesebene erzielten Ergebnissen entziehen werden, darf bezweifelt werden. Auch wird ver.di wohl nur dann einen Vertrag unterschreiben, wenn auch die Ländern wieder mit im Boot sind.

■ Die Gruppe Arbeiterpolitik hat bisher gegenüber anderen Organisationen der Linken ausgezeichnet, dass sie in den aktuellen betrieblichen wie gewerkschaftlichen Konflikten mit den Unternehmern nicht wünschenswerte politische Forderungen (»der Generalstreik ist zu organisieren«) propagiert hat, sondern die nächsten Schritte der Auseinandersetzung immer aus dem bestehenden Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und den subjektiven Möglichkeiten der Beschäftigten entwickelt hat. Wollen wir für die wenigen, die sich an unseren Aussagen orientieren, weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt sein, sollten wir bei diesem Selbstverständnis bleiben. Nur so können wir einen Beitrag dazu leisten, dass gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, die von den KollegInnen aktiv getragen werden, wieder entstehen und aus diesen sich politische Formen des Klassenkampfes entwickeln.

H., Berlin, 06.10.2004 ■